Deutsche Allgemeine Zeitung

Norddeutsche Allgemeine Zeitung

Das Blatt erscheint täglich zweimal, Sonntags als Morgenausgabe. Der Bezugspreis ist vierteljährlich Mark 15.—, für das Ausland mit dem entsprechenden Postaufschlag. Bestellungen werden bei allen Postanstalten angenommen.

Berlin SW 48, Wilhelmstraße 32
Schriftleitung: Berlin SW 48, Wilhelmstraße 30/31.
Fernsprecher:
Schriftleitung: Nollendorf 4783, 4784, 4785, 4786, 4787, 4788.
Geschäftsstelle: Nollendorf 5980, 5981, 5982, 5983, 5984, 5985, 5986, 5987, 5988.

Preis für die Anzeigenzeile Mk. 1.20 zuzügl. 200% Teuerungszuschlag; für die Reklamezeile Mk. 5.— zuzügl. 20% Teuerungszuschlag. Stellengesuche 60 Pfg. für die Zeile zuzügl. 20% Teuerungszuschlag.

Nummer 556. Mittwoch, 12. November 1919. Morgen-Ausgabe. 59. Jahrgang.

Räumung Budapests durch die Rumänen.

Eigene Drahtmeldung.

N. Wien, 11. November.

Wie bekannt, hat der Oberste Rat die Rumänen aufgefordert, die besetzten Gebiete Ungarns zu räumen. Auf Befehl des rumänischen Oberbefehlshabers, General Mardarescu, haben die rumänischen Truppen nun die Hauptstadt Budapest heute geräumt und befinden sich im Rückzug zum Theiß. Der Abzug der Rumänen wird überall mit großer Freude begrüßt.

Zur Klärung der schwierigen Lage Ungarns wird der nunmehr erfolgte Abzug der Rumänen wesentlich beitragen. Die rumänischen Truppen haben die ungarischen Gebiete am 2. August besetzt, um die bolschewistischen Umtriebe zu bekämpfen. Diese Aufgabe wurde in einigen Tagen vollständig gelöst. — Die Rumänen wollten aber das Land nicht verlassen, denn mit dem Vorwande der „Entschädigung" für die Kriegsschäden Rumäniens beabsichtigten sie, 30 Prozent aller vorhandenen Güter angeblich mit der Zustimmung des Obersten Rates nach Rumänien abzuschieben. Dies wurde in so ausgiebigem Maße verwirklicht, daß sich auch die Alliierten genötigt sahen, Einspruch zu erheben und den Abzug der Truppen bis zu den in der Note vom 10. Juni festgesetzten Grenzen zu fordern. Rumänien widersetzte sich diesem Verlangen, und es ist tragisch, daß auch die ungarischen Gebiete jenseits der Theiß von den Rumänen geräumt werden. Rumänien erhebt nämlich Anspruch auch auf diese Gebiete.

Der politische Ausgleich der Parteien wird durch den Abzug der Rumänen wesentlich erleichtert, da die rumänische Einmischung in die inneren Angelegenheiten Ungarns, wie sie bisher von dem rumänischen bevollmächtigten Minister Diamandi ausgeübt wurde, nunmehr wegfällt. Nach neuesten Nachrichten wurde gestern ein Staatsrat gebildet, der aus dem Erzbischof, dem Präsidenten des Obersten Gerichtshofs und zwei hervorragenden politischen Persönlichkeiten besteht und die Aufgabe hat, die Konzentrationsverhandlungen weiterzuführen, eine provisorische Regierung zu bilden und die Wahlen zur Nationalversammlung durchzuführen. Der Staatsrat ist auch befugt, die Friedensdelegation zusammenzustellen und den Friedensvertrag zu unterzeichnen. Somit wäre die Aufgabe des hohen Kommissars der Alliierten, Sir Georges Clerk, in Budapest beendet.

Der Fünferrat rechnet mit weiterer Verzögerung

Drahtmeldung.

Versailles, 10. November.

Die Friedenskonferenz beschäftigte sich mit der Lage, die durch die Verhandlungen im amerikanischen Senat über die Ratifizierung des Friedensvertrages von Versailles geschaffen worden ist.

„Temps" sagt: „Die letzten Abstimmungen ließen in der Tat befürchten, nur mit Einschluß zahlreicher Vorbehalte, die von drei anderen Großmächten vor Inkrafttreten des Friedensvertrags angenommen werden müßten, ratifiziert werde oder daß die Ratifizierung schließlich gänzlich durch eine Koalition der Gegner des Vertrags und der Gegner der Vorbehalte abgelehnt werde. Man müsse deshalb mit der Möglichkeit rechnen, daß das Inkrafttreten des Vertrages ohne die Ratifizierung von Amerika weiterhin hinausgeschoben werde. Die Bedingung des Artikels 440 des Friedensvertrags, daß drei alliierte Großmächte und Deutschland, ratifizieren müßten, um den Friedensvertrag in Kraft zu setzen, sei zwar erfüllt, die Ratifizierung Amerikas sei also nicht unerläßlich, aber andererseits sei es unmöglich, den Friedensvertrag ohne die Teilnahme der Vereinigten Staaten bei den verschiedenen interalliierten Wiedergutmachungs-, Kontroll- und anderen Kommissionen sowie schließlich bei den militärischen Besatzungstruppen ausspielen. Schwierigkeiten ähnlicher Art zeigten sich für die Tätigkeit des Völkerbundes. Heute habe sich der Fünferrat über die Modalitäten der Zusammenberufung der ersten Sitzung des Rates des Völkerbundes schlüssig gemacht, indem er den Widerstand in Rechnung gestellt habe, den die gleiche Ratifizierung des Friedensvertrages im amerikanischen Senat finde."

Londons, 11. November. (Havas.) König George erinnerte in seinem Trinkspruch im Buckingham-Palast an die Bemühungen seines Vaters und des Vorgängers des Präsidenten Poincaré, durch ein gemeinsames Bündnis zwischen Frankreich und England der Welt den Frieden zu erhalten. Großbritannien werde dieses auf den Schlachtfelde erprobte Bündnis auch weiter bewahren und sei gewiß, daß Frankreich es in diesem Bestreben unterstützen werde. Als Beweis für diesen seinen ernsten Willen habe England das französisch-englische Defensivbündnis unterzeichnet, das Frankreich gegen einen etwaigen neuen Angriff seines alten Feindes Sicherheit geben solle. Er hoffe weiter, daß der Völkerbund den Weltfrieden sichern und es allen Nationen ermöglichen werde, einer neuen Blüte entgegenzugehen.

Die französische Auslieferungsliste.

Versailles, 10. November. Wie „Liberté" mitteilt, verlangt Frankreich die Auslieferung von 600 Deutschen auf Grund des Artikels 228 des Friedensvertrages. Die französische Regierung werde in der vom Fünferrat eingesetzten Kommission, betreffend die Regelung des Gerichtsverfahrens, durch den Unterstaatssekretär für Militärjustiz, Jznaze, vertreten sein.

„Intransigeant" protestiert in seiner heutigen Nummer in recht scharfer Weise gegen die Art, wie die Franzosen Mackensen behandelt haben. Das Blatt nennt Mackensen einen General von sehr großem Wert, keine Grausamkeit sei ihm vorzuwerfen. Um so erstaunlicher findet es der „Intransigeant", daß man einen 70 Jahre alten Mann mit 50 Negern in einem Gebäude hausen lasse, das Luftschiffern als Unterkunft gedient habe. Was würden wir sagen, wenn einem französischen General eine ebenso unwürdige Behandlung zuteil würde? Man dürfe nicht unnötigerweise das deutsche Volk provozieren.

Der Beschluß des Fünferrats bezüglich Mackensens ist offenbar unter dem Eindruck eines scharfen Protestes erfolgt, den Freiherr von Lersner gestern an den Generalsekretär der Friedenskonferenz, Dutasta, gerichtet hat.

Die Abreise der Verbandsmission nach dem Baltikum.

Von zuständiger Stelle wird uns bestätigt, daß die Interalliierte Militärmission, die von dem französischen General Niessel geführt wird und die Aufgabe hat, sich über die Zustände im Baltikum und über die bisherigen Maßnahmen der Reichsregierung in den baltischen Angelegenheiten zu unterrichten, im Laufe des gestrigen Tages Berlin verlassen hat. Die Mission wird ihren ersten Aufenthalt in Tilsit nehmen. Ein bestimmter Arbeitsplan ist bisher nicht aufgestellt, sondern soll erst an Ort und Stelle vereinbart werden. Die Mission wird von einer Anzahl deutscher Offiziere unter Führung des Admirals Hopmann begleitet. Vom Auswärtigen Amt ist ihr Legationsrat von Dirksen zugeteilt, der während des Krieges zur deutschen Gesandtschaft in Kiew gehörte und jetzt in dem russischen Ressort der politischen Abteilung des Auswärtigen Amtes beschäftigt ist.

Der hiesige ukrainische Gesandte, Mykola Porsch, hatte am Montag eine anderthalbstündige Unterredung mit dem Vorsitzenden der Interalliierten Kommission für das Baltikum, General Niessel, die der ukrainischen Frage, insbesondere dem Konflikt zwischen Petljura und Denikin, galt. Der ukrainische Gesandte schilderte das rücksichtslose Vorgehen Denikins gegen das nationale und kulturelle Leben der Ukrainer, das bereits einen gewaltigen Aufstand in der Ukraine gegen die russische Besatzung entfesselt hat. Diese Erscheinung sei die Folge der bisherigen Oppolitik der Entente, welche zu wenig die gegen den Bolschewismus Kämpfenden Volkskräfte berücksichtige und tatsächlich nur einzelne großrussische Klassen und Kasten begünstige. Die einzige Grundlage für den Wiederaufbau Osteuropas können nur die Völker des ehemaligen Rußlands selbst, besonders die Randvölker, bilden, die allein die nötige Gewähr für eine dauernde Lösung des Ostproblems bieten. General Niessel hat um eine schriftliche Unterbreitung dieser Darlegungen zwecks Weiterleitung an seine Regierung, was inzwischen erfolgt ist.

Gegen Deutschlands Beteiligung an der russischen Blockade.

—l. **Frankfurt a. M., 11. November.** (Eigene Drahtmeldung.) Die „Heidelberger Vereinigung", eine Arbeitsgemeinschaft für Politik des Rechts, der u. a. Luje Brentano, Graf Montgelas, Walter Schücking und Konrad Haußmann angehören, erläßt einen Aufruf gegen die Beteiligung Deutschlands an der Blockade Rußlands. Deutschland habe selbst der Jahre unter der Blockade gelitten. In dem Aufruf, den als erster Prinz Max von Baden unterzeichnet, heißt es, daß die Verbandsregierungen Gewaltmaßregeln gegen Deutschland anderen werden, wenn wir ihnen nicht bei ihrer russischen Politik zu Willen seien. Trotzdem müßten wir den Weg der Weigerung gehen. Es gebe eine Grenze für das, was die Regierungen, die den Versailler Vertrag gemacht haben und in seinem Geiste heute noch dem größten Teil Europas den Friedenszustand vorenthalten, vor der öffentlichen Meinung ihrer Länder rechtfertigen können.

Russischer Friedenskontreß in Warschau?

S. Haag, 11. November. (Eigene Drahtmeldung.) „Daily Herald" meldet aus Warschau, daß die polnische Regierung die Führer alle kriegführenden Parteien Rußlands einzuladen, am 25. November die feindseligkeiten einzustellen und nach Warschau Abgeordnete zu senden, um über einen allgemeinen Friedensschluß zu beraten. Auch die Großmächte sollen aufgefordert werden, an dieser Konferenz teilzunehmen, die nach dem Vorschlage am 15. Dezember beginnen soll.

Abreise estnischer Vertreter nach Dorpat.

J. Helsingfors, 11. November. (Eigene Drahtmeldung.) Der estnische Außenminister richtete ein Radiotelegramm an Tschitscherin, worin vorgeschlagen wird, die obwalten zwischen Rußland und Estland auszutauschen. Nach Dorpat reisten ab: die estnischen Minister Pitz und mehrere Abgeordnete. Später werden noch abreisen der Kriegsminister sowie Mitglieder des Handels- und des finanzministeriums. Ministerpräsident des neuen Kabinetts wird wahrscheinlich Poska werden.

Helsingfors, 11. November. Nach einer Meldung aus Riga haben die Letten unter dem Feuerschutz der Ententeflotte den Rigafluß bei Pleskendof überschritten. Die russischen Truppen gingen unter Zurücklassung von Gefangenen und Maschinengewehren zurück.

Die Bolschewmik und Denikin.

Helsingfors, 11. November. Wie aus Jekaterinburg gemeldet wird, sind dort eine Anzahl bolschewistischer Kommissare eingetroffen, die den Uebersiedelung der Zentralleitung in Moskau nach Jekaterinburg für den Fall vorbereiten, daß Moskau durch Denikin unmittelbar bedroht wird.

Versailles, 10. November. Nach einer Meldung des „Matin" hat Gutschkow, der frühere Kriegsminister des Kabinetts Kerenski und Präsident der 3. Duma, sich über die Lage in Rußland dahin geäußert, daß er eine Entscheidung von Denikin erwarte, der über 400 000 Mann und reichliche Munition verfüge. Das Schicksal Judenitschs hänge davon ab, wie rasch die englische Hilfe eintreffen könne. Die Rückkehr zu einer liberalen Monarchie und zu einem vorkriegerischen Zarismus halte er für unmöglich. Den baltischen Staaten müsse man die breiteste Autonomie geben, aber sie seien für Großrußland wegen ihrer Reichtümer und wegen ihres Exporthandels unentbehrlich.

Afghanische Truppen in Merw.

Amsterdam, 11. November. Der „Times" wird aus Teheran gemeldet, daß eine kleine Abteilung afghanischer Truppen Merw besetzt habe. Andere Abteilungen sollen folgen offenbar in der Absicht, auf russischem Gebiete panislamische Propaganda zu treiben. Eine neue bolschewistische Mission ist an der afghanischen Grenze angekommen.

Südslawische Verstimmungen.

Amsterdam, 11. November. „Temps" meldet nach der „Times" aus Belgrad, die Mitteilung Clemenceaus an die südslawischen Delegierten, daß sie den bulgarischen Friedensvertrag nicht unterschreiben dürften, wenn sie nicht erst den Bündnisvertrag unterzeichneten, wurde von der Belgrader Presse mit Protest aufgenommen. Einige dieser Blätter fordern die Regierung auf, lieber auf die Vorteile des bulgarischen Friedensvertrages zu verzichten, als diese Bedingungen anzunehmen.

Die Nachfolge Clemenceaus.

K. Basel, 11. November. (Eigene Drahtmeldung.) Der Pariser Berichterstatter des „Daily Telegraph" befaßt sich in seinen jüngsten Aeußerungen mit dem Verhältnis Clemenceaus zu Millerand und sagt: „Als ist kein Geheimnis, daß Clemenceau auf Anraten Millerands Straßburg für seine letzte große Rede wählte. In unterrichteten politischen Kreisen nennt man deshalb Millerand immer häufiger als wahrscheinlichen Nachfolger Clemenceaus. Gegen Briand bestehen gewisse Bedenken, weil er im Jahre 1917 sich um den Frieden bemühte. Millerand wäre nach der Ansicht vieler dem nationalen republikanischen Block als Ministerpräsident weit aus genehmer, falls dieser Block, wie man voraussieht, siegreich aus den Wahlen hervorgeht.

Bis in die jüngste Zeit soll Clemenceau mit Barthou als seinem Nachfolger für den Fall seines Rücktritts aus Gesundheitsrücksichten gerechnet haben. Ur soll aber Barthou wegen seiner Haltung bei der Debatte über die Ratifizierung des Friedens in der Kammer vollkommen fallengelassen und seitdem Millerand begünstigt haben.

Streiks in Paris.

Paris, 11. November. (Havas.) Die sozialistischen Blätter „Humanité", „La Bataille", „Oeuvre" und „La Française Libre" sollen beschlossen haben, sich zusammenzuschließen, um ebenso wie die anderen Pariser Blätter ein gemeinsames Blatt herauszugeben.

Das einzige Blatt, das von den bürgerlichen Zeitungsverlegern gemeinsam herausgegeben wird und sich „La Presse de Paris" betitelt, teilt mit, daß der Streik der Drucker durch eine Forderung auf Erhöhung des Tagelohns um 5 Franken hervorgerufen wurde.

Der Streik der Angestellten des Bon Marché und der Galeries Lafayette kann noch nicht als beendet gelten. Etwa 5000 Angestellte des Warenhauses Louvre haben im Prinzip beschlossen, sich dem Streik anzuschließen. Auch aus Bordeaux wird gemeldet, daß etwa zwanzig Häuser der Modenwarenbranche mit 2000 Angestellten wegen Streiks geschlossen sind.

Fortdauer des amerikanischen Streiks.

Amsterdam, 11. November. Der New Yorker Korrespondent der „Times" meldet laut „Telegraaf", die Erklärung des Vollzugsrates des Arbeiterverbandes über die Berechtigung des Bergarbeiterstreiks und seine Unterstützung bedeute natürlich einen gewaltigen Schlag für die Regierung. Man fürchte, daß der Streik dadurch statt verlängert werde, wenn nicht im letzten Augenblick ein Kompromiß zustandekomme.

Preßbureau Radio meldet aus Indianapolis, daß der dortige Gerichtshof die Zurückziehung des Streikverbots für spätestens den 1. November, 11 Uhr, angeordnet hatte. Die Mitglieder des Generalausschusses der Bergarbeiter sind zur Besprechung dieses Streikverbots zu einer Konferenz zusammengetreten.

Die Hungersnot in Wien.

Wien, 11. November. Den Blättern zufolge sieht sich das Volksernährungsamt gezwungen, die bisher gewährten Zubußen an Mehlprodukten für Kinder unter 2 Jahren vollständig einzustellen.

Der Stadtrat beschloß gestern die Umbenennung von 63 Straßen und Brücken Wiens, um hierdurch die Erinnerung an die Zeit vor dem Umsturz auszulöschen. Wie ein Gemeinderat mitteilte, soll diese Umbenennung ein Geburtstagsgeschenk für die Republik darstellen.

Keine Auslieferung Leviens.

m. München, 11. November. (Eigene Drahtmeldung.) Die Auslieferung Leviens, des Münchener Kommunistenführers, ist, wie aus Wien gemeldet wird, von der Wiener Regierung abgelehnt worden. Levien wird aber nicht auf freien Fuß gesetzt, sondern in Kufstein in Niederösterreich interniert werden.

Kohle und Verkehr.

Von

Siegfried Hartmann.

Der Waffenstillstandsvertrag nahm Deutschland eine ungeheure Zahl wichtiger Land- und Wasserverkehrsmittel, ungeachtet der bedeutenden Einbuße, die wir hieran schon durch den vom Feind geforderten überstürzten Rückzug erlitten hatten, und ungeachtet des mehr wie schlechten Zustandes unseres Eisenbahnmaterials. Und man forderte nicht das deutsche normale Material, sondern suchte sich überkritisch vom Besten das Beste aus, damit den verbleibenden Durchschnitt noch drückend, ohne — wie wir wissen — selbst dafür Verwendung zu haben.

Das Saargebiet mußte nicht nur ausgeliefert werden, man verweigerte auch die hinreichende Versorgung seines natürlichen Einflußgebietes, soweit es deutsch ist, mit seiner Kohle. Dazu das Verlangen übermäßiger Kohlenlieferung aus den verbleibenden Becken „als Wiedergutmachung", ungeachtet des völlig zerrütteten Zustandes der Zechen, ungeachtet der bitteren Notwendigkeit, unser Kohle als Zahlungsmittel für die unentbehrlichsten Lebensbedürfnisse an das Ausland zu verwenden.

Aber nicht genug: durch die unberechtigte Aufrechterhaltung der Blockade machte man es uns unmöglich, für den schwer notleidenden Ost-Westverkehr die Küstenschiffahrt heranzuziehen. Eine Maßregel nur uns und mittelbar unseren Gläubigern zum Schaden, niemand zum Nutzen. Durch die Duldung der polnischen Uebergriffe lähmte man den Eisenbahn- und Kanaltransport namentlich zwischen Schlesien—Ost- und Westpreußen.

In diesen vom Feind uns aufgezwungenen Bedingungen, die bei Nichtunterschrift des Friedens, wie wir heute besser wissen denn zuvor, noch härter ausgefallen wären (durch Zwangsbesetzung des Ruhrreviers), liegt der erste und wesentliche Grund für die jetzige Kohlen- und Transportkatastrophe. Das dürfen wir nicht vergessen. Eine unmenschliche Aufgabe war es, aus den uns verbliebenen Trümmern ein nur notdürftig erträgliches Leben wiederaufzubauen. Freilich, das ist auch nicht zu übersehen, hat Unvernunft und Kurzsichtigkeit die sachverständigen Führer durchaus nicht in der nötigen Weise unterstützt. Die sogenannten Katastrophenpolitiker haben mit ihrer Geleitschaft schwere Schuld auf sich geladen und allerhand Pfründen zum Aufbau einer ganz neuen parodiehaften Heimat zutiefst die Besorgung, zunächst für das nötigste Brot, Kraft und Wärme zu sorgen, sabotiert.

Was unsere Bergarbeiter und Eisenbahnwerkstättenarbeiter durch Streiks und passive Resistenz vernachlässigt haben, müssen wir jetzt jeder einzelne, und die deutsche Arbeiterschaft in erster Linie, büßen. Auch bei sleißiger Arbeit wäre die Not furchtbar ernst geworden. Jetzt gestaltet sie sich zur Katastrophe.

Die Entente hat allerdings kein Recht, aus den bedauerlichen Zuständen irgendeinen Vorwurf abzuleiten. Ist es doch in dieser Beziehung bei ihr um kein Haar besser, trotzdem sie den Krieg gewonnen hat.

Im übrigen ist es mit den Arbeitsverhältnissen sowohl bei der Eisenbahn wie im Bergbau sichtlich besser geworden. Die Quantität der Arbeit hat beträchtlich zugenommen. Leider nicht die Qualität. Und das muß ganz besonders unterstrichen werden, weil dieser Qualitätsmangel für eine große Reihe schwerer wirtschaftlicher Schädigungen mit die Schuld trägt. In erster Linie bei der Kohle. Das Fortfallen des „Rutens", d. h. die Verweigerung einer Lohnzahlung für Fördergut, das zuviel Steine („Berge") enthält, hat die sehr bedauerliche und von den Arbeitgebern nicht gewollte Wirkung gehabt, daß heute aus dem Schacht unter dem Namen Kohle eine Unmenge schwarzer, unverbrennbarer Steine gefördert wird, 30 bis 40 %! Die nachfolgende „Wäsche" wird ebenfalls sehr nachlässig betrieben, vielleicht aus mißverstandener Kollegialität, und so ist es möglich, daß auch auf die wenigen verfügbaren Güterwagen 20 bis 30 %, ja mehr Steine unter die Kohle vermischt verladen werden und so die ohnehin hohe tote Last noch vermehren. Diese Verunreinigung ist daran schuld, wenn die Lokomotiven auf der Eisenbahn auf der Strecke plötzlich liegenbleiben; denn mit Steinen kann man kein Feuer machen. Sie ist schuld, wenn in Kokslenbrechanlagen schwere Betriebsstörungen auftreten, wenn die automatischen Feuerungen unter den großen Industriekesseln nicht funktionieren. Kurz, sie zwingt zu einer Kohlenvergeudung, wo höchste Sparsamkeit vonnöten wäre. Aehnlich ist es bei den Reparaturen in den Eisenbahnwerkstätten. Zugegeben, daß überall wichtige und gute Reparaturstoffe mangeln, trotzdem bleibt noch genug übrig, wo die Qualität der Arbeit, die Sorgfalt und Gewissenhaftigkeit unzweifelhaft fehlt.

Angesichts dieser Tatsachen erscheint es durchaus abwegig, darüber zu streiten, ob die Behörde, der die Kohlenverteilung obliegt, dies oder jenes besser anders gemacht hätte oder ob die Eisenbahnverwaltung nicht richtig disponiert hat. In solchen Riesenbetrieben sind Irrtümer und Fehlentscheidungen nicht zu vermeiden. Die Stunden sind aber zu ernst, um darüber jetzt zu rechten. Hauptsache ist, daß der ernste Wille vorhanden ist, mit Anspannung aller Kräfte zu helfen, soweit zu helfen ist: gegenseitig, im einträchtigen Zusammenarbeiten und einzig in dem Gedanken, daß es sich zur Stunde nur noch darum handeln kann, dem ganzen deutschen Volk gleichmäßig und gerecht die Fristung des Lebens den Winter hindurch zu ermöglichen. Dazu ist eine kräftige Beschränkung jeglicher Sonderinteressen, politischer wie wirtschaftlicher, nötig, dazu ist es auch nötig, daß alle Stellen helfen, das Schiebertum rücksichtslos abzuwürgen, welches alle großzügigen Maßnahmen durch Ausnahmebestimmungen zu verwässern sucht, um im trüben fischen zu können.

Angesichts der Ententemaßnahmen in vergangenheit, Gegenwart und Zukunft werden wir auch dann noch zu kennen angenehmen Leben kommen, aber uns doch durch Einigkeit und Taktraft vor Hunger und Frost schützen.

Deutsche Spar-Prämienanleihe 1919

Wer zeichnet, spart und gewinnt!

Amtliches Wahlergebnis in Oberschlesien.

Beuthen (O.-S.), 11. November. Die nunmehr vorliegenden amtlichen Wahlergebnisse der Gemeinderatswahlen in Oberschlesien ergeben folgendes Bild:

Im Kreise Hindenburg betrug die Wahlbeteiligung durchschnittlich 66 Prozent. Hiervon entfallen auf die Polen 64 Prozent und auf die übrigen Parteien 36 Prozent. Im Landkreise Beuthen betrug der Durchschnittsprozentsatz der Wahlbeteiligung 65 Prozent. Davon entfallen auf die Polen 55 bis 90 Prozent, im Durchschnitt 78 Prozent. Die Wahlbeteiligung und die abgegebene Stimmenzahl im Kreise Kattowitz entsprechen ungefähr der im Kreise Beuthen. Im Kreise Tarnowitz war die Wahlbeteiligung im Durchschnitt 50 Prozent. Auf die Polen entfallen 89 Prozent und auf die übrigen Parteien 11 Prozent.

* * *

Der Ausfall der Gemeindewahlen in Schlesien hat in breiten Kreisen der Bevölkerung Befürchtungen ausgelöst, es könnte die kommende Abstimmung die Lostrennung größerer Gebiete von Deutschland bringen. Nach Erkundigungen, die die „P. P. N." bei der preußischen Regierung eingezogen haben, sind diese Befürchtungen unbegründet oder doch gewaltig übertrieben. Wenn man das letzte Abstimmungsergebnis in Schlesien richtig werten will, muß man die besonderen Verhältnisse in den einzelnen Gemeinden berücksichtigen. Es ist Tatsache, daß jetzt sehr viele polnisch gewählt haben, weil sie ihre Interessen in der Gemeindestube von Polen besser vertreten glauben, die aber sicherlich bei der Abstimmung über die Zugehörigkeit zum Reich sich für Deutschland entscheiden werden, da sie gar keinen Grund haben, mit besonderer Hast oder Vorliebe zu dem entsetzlich verschuldeten polnischen Staat kommen zu wollen, dessen wirtschaftliche Verhältnisse noch wesentlich zerrütteter sind als die des Deutschen Reiches. Auf der anderen Seite aber darf man die Hoffnung hegen, daß die laue Wahlbeteiligung der deutschen Kreise sich bei der Abstimmung über die Reichszugehörigkeit nicht wiederholen wird, sondern daß dann jeder deutsche Mann und jede deutsche Frau an der Urne erscheinen wird. Wenn jeder Deutsche seine Pflicht tut, haben wir die Abstimmung nicht zu fürchten.

Unnötige Erregung.

Es ist ein in diesen Tagen immer wiederkehrendes Zeichen politischer Verständnislosigkeit, daß jedes Zeichen, das sich irgendwie nach dieser Richtung deuten läßt, von der Oppositionspresse ausgenützt wird, um von einer Zerfahrenheit unserer politischen Verhältnisse zu sprechen. Das ist auch wieder geschehen mit einer Meldung, die eine in Dessau gehaltene Rede des Ministers Heine in vollkommen entstellter Form wiedergibt. Man hat versucht, aus den unzutreffenden Angaben dieser Meldung einen Angriff Heines gegen Erzberger und einen unüberbrückbaren Gegensatz zwischen beiden zu konstruieren. Die Richtigstellung der Meldung, die wir gestern wiedergaben, hat schon klar bewiesen, daß von solchen Folgerungen nicht die Rede sein kann. Daß die Regierung sowohl im Reiche wie in Preußen durch mehrere Parteien gebildet wird, die sich auf ein Kompromißprogramm geeinigt haben, ist eine bekannte Tatsache. Und ebensowenig ist es ein Geheimnis, daß die Auffassungen dieser Parteien in manchen Fragen sich nicht decken. Auch Minister werden aber nach unserer heutigen Regierungsform nicht genötigt, ihre Parteizugehörigkeit und ihre Parteianschauungen zu verleugnen. Jeder einzelne von ihnen hat das Recht, die eigene Meinung zu äußern und zu vertreten, und dieses Recht wird ihnen wohl auch von der Opposition nicht bestritten werden können. Worauf es ankommt, ist doch lediglich, daß aus den einzelnen Urteilen, wie sie übrigens auch bei früheren Nichtparteiministerien oft starke Differenzen aufwiesen, eine Linie geschaffen wird, die ein gemeinsames Handeln als Richtschnur festlegt. Diese Linie ist bisher noch immer — oft auf Grund eines Kompromisses — gefunden worden, und es liegt auch nicht der geringste Anlaß vor zu der Annahme, daß das in Zukunft nicht der Fall sein sollte. Auch nicht bei dem, was jetzt an Widersprüchen zwischen der Rede Heines und den Plänen des Reichsfinanzministers künstlich aufgebauscht wird. Herr Heine hat rein sachlich seine Meinung gesagt. Von schweren Gegensätzen zwischen ihm und dem Reichsfinanzminister kann deshalb durchaus nicht gesprochen werden. Es trifft zu, wenn der „Vorwärts" die folgende Feststellung macht: „Vergleicht man diese sehr ruhigen und sachlichen Urteile mit dem aufgeregten Ton der Zeitungsberichte, so zeigt sich nur, daß hier übereifrige Berichterstattung wieder einmal weit über das Ziel hinausgeschossen und ganz unnötig „Konfliktsstimmung" gemacht hat." Die Oppositionspresse kann sich beruhigen: es ist keine Aussicht für einen „Konflikt" gegeben, auch nicht trotz des Sprengpulvers, das die Opposition auszustreuen für gut hält.

Noch lächerlicher erscheint es, wenn einzelne Blätter der Rechten, so vor allem die „Dtsch. Tageszeitg.", die Richtigstellung jener falschen Meldung als einen Rückzug Heines zu deuten beliebt und sogar davon spricht, daß Herrn Heine „hinterher in Furcht vor dem rächenden Arm Erzbergers das Herz in die Hosen gefallen" sei. Herr Heine hatte gar keinen Anlaß zu irgendwelcher Befürchtung, noch Herr Erzberger zu einem Rachegefühl. Der „Dtsch. Tagesztg." wird hier der Wunsch der Vater des Gedankens gewesen sein. Aber Wünsche — das sollte vor allem der „Dtsch. Tagesztg." geläufig sein — bleiben oft Luftschlösser. Wenn man in den Kreisen der „Dtsch. Tageszeitung" auf einen „Konflikt" hofft, kann man lange warten. Wir können dem oppositionellen Blatte verraten, daß man an einen „Konflikt" weder gedacht hat noch denkt. Bei Herrn Heine nicht, und auch bei Herrn Erzberger nicht. Und ebensowenig bei den Regierungsparteien, deren Zusammengehen auch für die kommende Zeit durchaus gesichert ist.

Die Landräte in den Ostgebieten.

In der Wiedergabe der Aeußerungen des preußischen Ministerpräsidenten Hirsch über die Verhältnisse in den Abstimmungsgebieten des Ostens ist infolge irrtümlicher Auslegung der Worte des Ministerpräsidenten gesagt worden, daß anzunehmen sei, die Regierungspräsidenten und die Landräte würden die Abstimmungsgebiete verlassen müssen. Wie uns dazu mitgeteilt wird, trifft das nur für die Regierungspräsidenten zu. Dagegen werden die Landräte auch während der Besatzungszeit voraussichtlich auf ihrem Posten zu verbleiben haben.

Die Ostseesperre.

Zu der Bekanntmachung vom 8. November über die Ostseesperre wird amtlich ergänzend gemeldet:

1) Die Ostseesperre besteht noch fort, so daß sich also deutsche Schiffe, die den Bestimmungen zuwiderhandeln, der Fortnahme durch alliierte Seestreitkräfte aussetzen.

2) Nur diejenigen Leichter, die bereits vor dem 10. Oktober im Besitz von generellen Fahrtausweisen waren, dürfen ohne ausdrückliche Fahrterlaubnis der alliierten Marine-Waffenstillstandskommission für jede einzelne Reise außerhalb der Dreimeilengrenze zwischen deutschen Häfen verkehren.

Heimkehrende Gefangene.

nn. Cuxhaven, 11. November. (Eigene Drahtmeldung.) Mit dem Dampfer „Orotava" sind heute vormittag 124 Unteroffiziere, 457 Mannschaften, 16 Marineangehörige und 3 Sanitätspersonen aus den englischen Gefangenenlagern Stopa und Handforth in Cuxhaven eingetroffen. Die Heimgekehrten werden voraussichtlich am Donnerstag mit Sonderzug in die Heimat befördert.

Die Reichszentralstelle für Kriegs- und Zivilgefangene teilt mit: Der Dampfer „Lothar Bohlen", der nach den Azoren gefahren war, um alle dort internierten Deutschen abzuholen, ist heute mit einem Transport von 508 Männern, 28 Frauen und 24 Kindern in Hamburg eingetroffen. Unter dem Transport befinden sich auch Deutsche, die in Lissabon an Bord genommen worden sind.

Der Tod des Kardinals von Hartmann.

J. Köln, 11. November. (Eigene Drahtmeldung.) Schon am Sonntag zeigten sich beim Kardinal von Hartmann die Vorboten einer Lungenentzündung, die, wie bereits gemeldet, heute nacht um 2 Uhr den Kranken ohne jeden Todeskampf sterben ließ. Am Sterbebette vereinigten sich die nächsten Angehörigen Sr. Eminenz, ein Neffe und eine Nichte, Kinder des früheren Regierungspräsidenten von Aachen, Weihbischof Dr. Lausberg, Generalvikar Dr. Vogt, Dompropst Dr. Middendorf, Prälat Dr. Blank, Domvikar Dr. Scholl, Sakristanpriester Ditges, der Beichtvater, der erzbischöfliche Geheimsekretär, das Hauspersonal und der pflegende barmherzige Bruder. Gleich nach dem Tode brachte in der Hauskapelle sein langjähriger Geheimsekretär Karl Berghaus das erste heilige Opfer für den Entschlafenen dar. Die Leiche ist, angetan mit den erzbischöflichen Gewändern, einstweilen im Sterbezimmer aufgebahrt. Die Beerdigung wird erst in der nächsten Woche erfolgen.

Die Leiche des Kardinals steht inmitten einer Dekoration von Palmen und Lorbeerbäumen, umgeben von Blumenschmuck. Die Leiche ist mit den Pontifikalgewändern in violett angetan. Die Kasel ist aus der violett gefärbten Seide des Brautkleides der Mutter des Verblichenen angefertigt worden. Am Fußende des Bettes stehen auf einem Tischchen die Insignien des Priestertums, Kelch, Patene, das in Rom bei der Erhebung zum Kardinal empfangene rote Barett und ein kleines geschnitztes Muttergottesbild, eine Nachahmung des Marienbildes in der Pfarrkirche St. Maria in der Kupfergasse, das die Cellitinnen des dortigen Klosters dem Kardinal während der Krankheit geschickt hatten. Die Beisetzung ist mit Rücksicht auf die Verkehrssperre auf nächsten Dienstag, den 18. d. M., festgesetzt worden. Die Leiche wird in der Krypta der Gereonskirche aufgebahrt werden.

Zur Erledigung des erzbischöflichen Stuhles schreibt die „Kölnische Volksztg.": Gemäß den Bestimmungen des Kirchenrechtes geht mit dem Tode des Erzbischofs die bischöfliche Jurisdiktion in Preußen auf das Domkapitel über. Dieses bestellt für die Verwaltung der verwaisten Diözese innerhalb acht Tagen in geheimer Abstimmung den zu wählenden Bistumsverweser, den Kapitularvikar. Diese Wahl ist in einer Kapitelsitzung vorzunehmen. Alle Kanoniker sind zu dieser Sitzung einzuladen und haben in ihr Sitz und Stimme außer den Ehrendomherren die dabei kein Wahlrecht besitzen. Der Gewählte muß die absolute Stimmenmehrheit auf sich vereinigt haben. Mit der Wahl des Kapitularvikars geht die gesamte Diözesanverwaltung bis zur rechtmäßigen Wiederbesetzung des erzbischöflichen Stuhles auf ihn über. Die Rechte des Kapitularvikars während der Sedesvakanz sind im allgemeinen die des Bischofs als Ordinarius der Diözese. Er fungiert nicht als Mandatar des Domkapitels, sondern vollständig unabhängig von demselben. Seine Gewalt erlischt erst dann, wenn der neue Bischof seine Ernennungsbulle dem Domkapitel präsentiert. Vom Tage der Erledigung des erzbischöflichen Stuhles an hat das Domkapitel das Recht, den Nachfolger des Bischofs binnen drei Monaten zu wählen.

Die Störungen durch die Schneefälle.

Wie die P. P. N. aus Schneidemühl erfahren, sind die guten Wirkungen der Verkehrssperre ganz durch die Schneestürme und den starken Frost, der teilweise 10 Grad erreichte, aufgehoben, zumal da es sich im Bereich des Verkehrsamtes Schneidemühl im Gütertransport in der Hauptsache um Kartoffeln handelte. Gestern war es z. B. infolge des überaus starken Schneesturmes kaum möglich, irgendwelche Verladungen vorzunehmen.

Die Verkehrssperre im Eisenbahndirektionsbezirk Stettin hätte außerordentlich gut wirken können, wenn der starke Schneefall nicht eingetreten wäre. Es waren ursprünglich täglich 50 Güterzüge aufgestellt worden; wegen des schlechten Wetters konnten aber bisher nur 5 abgelassen werden. Durch Kälte und Schneesturm wird das Rangieren stark behindert.

Die Verkehrslage im Ruhrrevier.

Essen, 11. November. Die Eisenbahnverkehrslage hat sich seit Beginn der Personenverkehrssperre in der vorigen Woche wesentlich gebessert. Die durchschnittliche Wagengestellung an Werktagen ging von 14 800 auf 17 600 Wagen in die Höhe, die Fehlziffer von 9400 auf 3200 herunter. Gegen Schluß der Woche fehlten nur noch einige hundert Wagen täglich. Infolgedessen konnten zechenseitig die erforderlichen Anordnungen zum Abtransport von Haldenbeständen getroffen werden. Die Besserung der Verkehrslage kann bisher nicht im gewünschten Umfange zur Geltung kommen, weil der Wasserstand des Rheins sich noch nicht wesentlich gebessert hat. Die Kipperleistung an Kohlen und Koks betrug arbeitstäglich 16 900 Tonnen gegenüber 15 900 in der voraufgegangenen Woche. Der Umschlag der Kanalzechen ging auf 17 900 Tonnen täglich zurück. Der Leerkahnraumbestand in den Kanälen bezifferte sich Ende der Woche auf rund 75 000 Tonnen.

Die Einstellung des Verkehrs im besetzten Gebiet.

Mainz, 11. November. Wie wir von zuständiger Stelle erfahren, wird im besetzten Gebiet von heute Mitternacht (zum 12. November) an eine Einstellung des Personenverkehrs bis einschließlich 21. November, also 10 Tage lang, erfolgen. — Die Schnellzüge nach Paris und Straßburg bleiben bestehen, wahrscheinlich auch ein Schnellzugspaar auf der Strecke Köln—Ludwigshafen.

Fortdauer der Friedenskonferenz.

Eigene Drahtmeldung.

R. Basel, 11. November.

Wie die italienischen Blätter mitteilen, hat sich der Oberste Rat dahin entschlossen, die Friedenskonferenz nicht aufzulösen, sondern bis zum vollständigen Abschluß des Friedens fortdauern zu lassen. Bekanntlich hatte sich Clemenceau mit aller Energie gegen eine Aufhebung des Obersten Rates gewandt, die besonders von England und Amerika befürwortet wurde. Es soll zunächst der Friedensschluß mit Ungarn in die Wege geleitet, ferner möglichst bald die Regelung der Levantefrage vorgenommen werden. Gleichzeitig wird sich der Rat mit der Prüfung aller derjenigen Maßnahmen beschäftigen, die es ermöglichen, den Friedensvertrag und den Völkerbund auch ohne Mitwirkung der Vereinigten Staaten zur Anwendung zu bringen. Man rechnet, wie die italienischen Blätter hinzufügen, in Konferenzkreisen bereits damit, daß die Vereinigten Staaten den Völkerbundsvertrag und den Versailler Vertrag zwar nicht ablehnen, aber doch nur unter solchen Bedingungen annehmen werden, daß die Ratifizierung der Verträge praktisch minderwertig sei.

Deutsches Reich.

Weder Verkauf noch Verpfändung der Reichseisenbahnen!

In einigen Zeitungen wird anknüpfend an eine in der „Germania" veröffentlichte außerredaktionelle Zuschrift gefragt, ob etwa seitens des Reichsfinanzministers die Absicht bestehe, die Reichseisenbahnen als Unterpfand für größere Auslandskredite zu verpfänden oder sie gar zu verkaufen. Wie die „P. P. N." von zuständiger Seite erfahren, hat der Reichsfinanzminister von jeher jedem derartigen Plan unbedingt ablehnend gegenübergestanden. Er tut dies auch noch heute und ist keinesfalls willens, die Reichseisenbahnen auch nur im geringsten der vollkommen freien Verfügung durch das Reich zu entziehen. Er will sie weder verkaufen noch verpfänden.

Sächsische Luftpostlinien.

S. Dresden, 11. November. (Eigene Drahtmeldung.) Das Reichspostministerium hat der sächsischen Luftreederei die Genehmigung erteilt, von morgen ab folgende Luftpostlinien zu betreiben: Dresden—Leipzig, Dresden—Görlitz—Breslau und Dresden—Berlin. Die Flugzeuge werden jeden Morgen 8,30 auf dem Flugplatz Dresden Kaditz aufsteigen.

Gegen weitere Sperrung des Personenverkehrs.

Hamburg, 10. November. Die Handelskammer Hamburg hat an das Ministerium der öffentlichen Arbeiten und das Reichsverkehrsministerium ein Telegramm gerichtet, in welchem der nach dem Ende der Personenverkehrssperre geplanten weitgehenden Einschränkung des Personenverkehrs dringendst widersprochen wird, da das Vorgehen eine auf anderen Wirtschaftsgebieten bereits erkennbare Besserung im Keime ersticke, insbesondere müsse eine genügende Beförderungsmöglichkeit auf der Strecke Hamburg—Berlin geboten werden.

Minister Segitz und das Versammlungsverbot.

M. München, 11. November. (Eigene Drahtmeldung.) Der „Fränkische Kurier" hatte kürzlich die Mitteilung wiedergegeben, daß der Sozialminister Segitz sich bei seinem jüngsten Auftreten in Fürth mit dem Versammlungsverbot absichtlich in Widerspruch gesetzt habe. Nun teilt das Reichswehrtruppenkommando offiziell mit, diese Angabe entspreche nicht den Tatsachen. Minister Segitz habe vielmehr ordnungsgemäß die Genehmigung zu der Versammlung nachgesucht und erhalten.

Die bayerischen Demokraten gegen Ministerpräsident Hoffmann.

m. München, 11. November. (Eigene Drahtmeldung.) Die Deutsch-demokratische Partei wendet sich in einem scharfen Protest gegen die Ausführungen des Ministerpräsidenten Hoffmann in seiner Rede, die er in Nürnberg gehalten hat. Die Vorstandschaft weist die unerhörten Angriffe, die jeder Berechtigung entbehrten, auf das entschiedenste zurück. Der Nürnberger Parteitag und seine Beschlüsse hätten dem Ministerpräsidenten für solche Entstellungen keinerlei Anlaß gegeben.

Ministerpräsident Hoffmann hatte in Nürnberg in einer öffentlichen Versammlung einen Vergleich zwischen dem Parteitage der Demokraten und dem Katholikentage in München gezogen und erklärt, die Demokraten und die ganze bürgerliche Gesellschaft seien schuld am Weltkriege gewesen.

Mittlere Beamte als Ministerialreferenten.

An maßgebender preußischer Regierungsstelle haben kürzlich Verhandlungen darüber stattgefunden, wie befähigten mittleren Verwaltungsbeamten, zunächst der Zentralbehörden, ein Aufstieg in selbständige Referentenstellungen ermöglicht werden könne. Die Verhandlungen, die unter Beteiligung von Vertretern der betreffenden Beamtenorganisation stattgefunden haben, ließen der „Deutschen Beamtenrundschau" zufolge ein bereitwilliges Entgegenkommen der amtlichen Stellen erkennen. Tatsächlich sind denn auch schon in einer Reihe preußischer Ministerien mittleren Beamten bedeutsame Referate übertragen worden. Eine planmäßige Regelung der Frage steht bevor.

Eine Stiftung des Fürsten Stollberg-Wernigerode.

Der Fürst zu Stollberg-Wernigerode hat, nach der „Magdeburgischen Zeitung", aus Anlaß des Verkaufs der Hüttenwerke zu Ilsenburg die Errichtung einer Stiftung beschlossen, die den Knappschaftsinvaliden, deren Witwen und Waisen, den früheren Angestellten und ihren Hinterbliebenen sowie den aktiven Mitgliedern der jetzigen Belegschaft, Arbeitern und Angestellten, über die wirtschaftliche Not der nächsten Zeiten hinweghelfen soll.

* * *

Der „Reichsanzeiger" veröffentlicht eine Verordnung des Reichsfinanzministers über die Bereitstellung von Räumen und Naturalquartieren für Grenzzollbehörden und -beamte, die sofort in Kraft getreten ist.

In einer der Lebensmittelversorgung gewidmeten Besprechung von Arbeitgebern und Arbeitnehmern in Hirschberg (Schlesien) wurde von den Industriellen festgestellt, daß sich die Arbeitslust der Arbeiter und damit die Produktion in letzter Zeit etwas gehoben hat. Die Arbeitervertreter erklärten, daß die Arbeiterschaft des Bezirks sich nicht von linksradikaler Seite ins Schlepptau nehmen lasse.

Gestern vormittag fuhr, wie aus Königsberg (Neumark) berichtet wird, auf dem Bahnhof Neumühl-Kazdorf ein Güterzug auf eine Rangierabteilung auf. Hierbei wurden vier Personen getötet, eine schwer und siebzehn leicht verletzt.

Die Rostocker Universität.

Zu ihrer 500jährigen Jubelfeier.

Von

Eugen Isolani.

Die drittälteste deutsche Hochschule, die mecklenburgische Landesuniversität Rostock, blickt auf eine halbtausendjährige Vergangenheit zurück, eine Vergangenheit, die nicht ohne Stürme und Kämpfe über diese deutsche Bildungsstätte dahingegangen ist.

In Gemeinschaft mit dem Bischof Heinrich III. von Schwerin und im Einverständnis mit dem Rat der Stadt Rostock hatten sich am 8. September 1418 die Herzöge Johann III. und Albrecht V. an den Papst Martin V. gewandt und erbaten von ihm die Erlaubnis zur Errichtung einer Universität zu Rostock. Am 13. Februar erließ der Papst die Stiftungsbulle, und „mit Rechten und Ehren reichlich versehen und mit selbständigen Gütern und Einkünften von Fürsten und Rat hinlänglich ausgestattet", ward die neue Lehranstalt am 12. November 1419 in Gegenwart des Bischofs Heinrich III. von Schwerin und des Abtes von Dobberan feierlich eingeweiht und eröffnet.

Freilich hatte der Papst anfangs die theologische Fakultät versagt. Es war die Zeit, da man zu Konstanz die Scheiterhaufen errichtet hatte, um Forschung und Freiheit zu unterdrücken. Da wollte man nicht noch eine neue Stätte der Forschung schaffen. Die mecklenburgischen Landesherren ließen aber nicht nach, um die Einwilligung zum notwendigen Ausbau der Lehrstätte auch in dieser Hinsicht noch zu erhalten, und Papst Eugen IV. gab schließlich 1432 die Erlaubnis.

Sehr bald darauf kam der erste Sturm über die junge Hochschule; im Jahre 1437 wurde die Stadt Rostock vom Baseler Konzil mit dem Interdikt belegt; die Rostocker hatten in einem Streit mit den Herzögen den Papst als Oberinstanz gegen eine Konzilentscheidung angerufen. Dadurch fühlte sich das Konzil gekränkt, schritt mit Bann und Interdikt gegen die Stadt ein, und so mußte die Universität auswandern und ward nach Greifswald verlegt, wo sie bis 1443 verblieb.

Nicht lange darauf kamen neue Stürme über die Hochschule; zwischen den mecklenburgischen Herzögen und der Stadt Rostock waren die „Domhändel" ausgebrochen. Die Rostocker sollten die „Majestätsrechte" der Herzöge verletzt haben; die Rostocker fühlten sich in ihren städtischen Privilegien geschmälert. Der Zankapfel war die sogenannte Domstiftung, eine Stiftung, welche der theologischen Fakultät neue Dotationen gewährte. Die Stadt wehrte sich gegen diese Stiftung, um die Zahl der Geistlichen nicht noch mehr anwachsen zu sehen. Ja, die Akademie war der Stadt überhaupt lästig, weil die Sittlichkeit der Studierenden zu Bedenken Anlaß gäbe; ihr Betragen sei „dem gemeinen Gemeinwesen gefährliches".

Und dieser Spießbürgerstreich der Rostocker Stadtväter führte dazu, daß die Universität im Jahre 1487 nach Lübeck verlegt wurde, wo sie freilich nur ein Jahr verblieb. Um diese Zeit trat an der Universität ein Mann hervor, der durch seine bedeutende Tätigkeit auf dem geschichtlichen Felde der kleinen Hochschule Ansehen erwarb: Albert Krantz, der 1517 als Dompropst zu Hamburg starb. Wenn auch in der Hauptsache als Geschichtschreiber bedeutend, war Krantz, der auch 1482 Rektor der Hochschule war, doch eine Art Polyhistor, war er doch auch Doktor der Theologie und der Gesetzeskunde. Fast gleichzeitig wirkte auch in Rostock der Historiker Nicolaus Marschall († 1525) der unter seinen Zeitgenossen vielleicht nicht minder großen Ruf genoß, wenn auch sein Ruhm vor der Nachwelt nicht stand hielt.

Dann kam die Reformation, die natürlich nicht ohne Einfluß auf die Hochschule bleiben konnte. Joachim Slüter war es, der 1521 aus Luthers Hörsaal und Kirche von Wittenberg nach Rostock kam und in gewaltiger Rede und in der volkstümlichen plattdeutschen Sprache die neue Lehre verkündete. Die Universität aber setzte diesem frischen jugendlichen Leben der Reformation so starren Widerstand entgegen, daß sie dem Untergange nahekam; die durch den Tod entstandenen Lücken blieben bei dem Widerstande der Korporation unbesetzt, die Hörsäle der Ueberlebenden blieben leer, weil sich die begeisterte Jugend dorthin drängte, wo mit dem kirchlichen Leben auch die Wissenschaft in verjüngtem Geiste auferstanden war. Aber prophetischen Geistes hatte Joachim Slüter von der Kanzel herab gesagt: „Gedenket meiner dabei, ich bin nur ein geringer Mann und Diener Christi, nach mir aber wird Gott große Doktoren und viele hochgelehrte Männer und Prediger in dieser Stadt, beides in der Universität und in der Kirche erwählen, deren Schüler ich jetzt kaum zu nennen bin."

Und diese Wiederherstellung der Hochschule begann mit der Ankunft des gelehrten Humanisten Arnold Burenius, der 1532 nach Rostock berufen ward. Er, der gewesene Informator des Bischofs Magnus von Schwerin, er, von dem einst Melanchthon das rühmliche Wort sagte: „ubi Arnoldus ibi schola", wußte nicht nur durch seinen Ruf allein Hörer nach Rostock zu locken, er verstand es auch, die Sorge der Herzöge auf die verfallene Universität zu lenken. Zur Zeit des Verfalls aber war mancherlei Verwirrung in die Freiheiten und Rechte der Universität gekommen. Die Bürgermeister drängten sich in die Satzungen des Konziliums, die Universität sollte vor dem Rate zu Gericht gehen. Den vom Herzog Heinrich berufenen Professoren, unter denen der erste evangelische Theologe Heinrich Schevenstedt (berühmt durch eine Predigt gegen den Kurfürst Moritz von Sachsen, auf dessen Beschwerde er von seinen Aemtern als Pastor an der Nikolaikirche und als Universitätslehrer entsetzt wurde), ward die Aufnahme in das nur von städtischen Professoren zusammengesetzte Konzilium verweigert.

Das hinderte aber nicht, daß beide Teile, Herzöge und Magistrat, fortfuhren, Gelehrte anzustellen. Die Herzöge beriefen die berühmten Theologen Johann Aur. Faber (1517 bis 1568), den Verfasser der mecklenburgischen Kirchenordnung, und David Chyträus (eigentlich Kochhaff, 1530—1600), ein Mann, der vordem als Schüler, Haus- und Amtsgenosse Melanchthons, den Geist der Reformation voll in sich aufgenommen hatte und der später das evangelische Kirchenwesen in Oesterreich ordnete, auch Anteil an der Abfassung der Konkordienformel hatte. Von den städtischen Professoren ragten besonders hervor Johann Draconites (eigentlich Drach oder Trach auch Karlstadt genannt, wo er 1494 geboren ward), der berühmte Verfasser von „Gottes Verheißungen in Christo", der 1566 in Wittenberg starb, sowie der Jurist Adam Trazigier. Mit Mühe und Not kam eine Vereinbarung zustande zwischen Herzögen und Stadt, und als die Erneuerung der kaiserlichen Privilegien der Universität 1560 erfolgte, war die Hochschule wieder auf eine einigermaßen feste Grundlage gestellt, so daß am 29. April des folgenden Jahres in feierlicher Weise die erste Lutherische Doktorpromotion stattfinden konnte. D. Venetus (Venediger) als Dekan von Cammin, D. Jacob Runge als Procancellarius von Greifswald berufen, kreierten die Professoren David Chyträus, Johann Kittel und Simon Pauli zu Doktoren der Heiligen Schrift.

Seit dieser Zeit nahm die Universität Rostock in der Ausbildung der kirchlichen Wissenschaft und des kirchlichen Lebens eine weithin leuchtende Stellung ein. Der Stern dieses Glanzes war Chyträus ein Mann von „universaler Wirksamkeit, von unermüdlichem Eifer, von unerschöpflicher Kraft und von unergründlicher Fülle der Gelehrsamkeit und Weisheit, welcher ein halbes Jahrhundert lang die Zierde und der Stolz der Universität war und das theologische Orakel seiner Zeit". Von überall her wurde er um Rat und Urteil in theologischen Fragen gebeten; selbst mit dem Ausland stand er in Verbindung, und er der auf dem Katheder, im Kirchenregiment und als Schriftsteller sowohl auf dem theologischen wie geschichtlichen, philosophischen und noch manch anderem Gebiete eine unermüdliche Tätigkeit entwickelte, lenkte die begehrlichen Blicke fast aller deutschen Universitäten auf sich, blieb aber, durch das Vertrauen und die Freundschaft seiner Fürsten belohnt, der Wiege seines Ruhmes treu. Neben ihm glänzten noch in der theologischen Fakultät Lucas Bacmeister der Aeltere (1530—1608) und der schon genannte Simon Pauli († 1591).

Bis in die Mitte des 18. Jahrhunderts war der Hochschule nun eine gedeihliche Entwicklung beschieden, wenn auch die Glanzzeit im 17. Jahrhundert dahinschwand. Dann aber hatte wieder ein Streit zwischen der Stadt und dem damaligen Herzog Friedrich die Folge, daß dieser 1760 seinen herzoglichen Anteil der Universität nach Bützow verlegte, während der städtische in Rostock verblieb, wodurch natürlich beiden Universitäten ein klägliches Dasein beschieden war. Erst im Jahre 1788 wurden die beiden zerrissenen Teile wieder in Rostock vereinigt. Doch gab es noch bis 1827, in welchem Jahre die Stadt ihr Kompatronat aufgab, mancherlei Reibungen.

Nun da die Großherzöge als Rechtsnachfolger der Bischöfe Kanzler der Universität waren, kümmerten sich diese mehr um die Hochschule des Landes, und ein besonderer Gönner erwuchs ihr im Großherzog Friedrich Franz (1842—1883). Doch blieb sie immerhin noch recht klein. Als Christian Wilbrandt, der Vater des Dichters Adolf Wilbrandt, 1837 als Professor der Aesthetik und neuerer Literatur nach Rostock kam, konnte er, wie der Dichter berichtet, nur auf eine sehr kleine Zahl von Hörern rechnen.

„Das kleine Rostock", so erzählt Adolf Wilbrandt, „mit nicht 24 000 Einwohnern war die kleinste der deutschen Universitäten; als ich dort studierte (1857) hatte sie sogar nur hundert Studenten, während sie nun (1907) doch auf 700 gestiegen ist."

Im gleichen Jahre (1837) als Wilbrandt Professor in Rostock wurde, habilitierte sich dort der Theologe Julius Wiggers, der später als Reichstagsmitglied ein berühmter Parlamentarier wurde. Beide Gelehrte, Wilbrandt und Wiggers, aber wurden im Jahre 1852 in jenen fürchterlichen Hochverratsprozeß verwickelt der über eine große Anzahl völlig unschuldiger Männer namenloses Unglück brachte und tief in die Entwicklung der Rostocker Universität eingriff.

Die Rostocker Universität hat auch diese Störungen überwunden und sich innerlich und äußerlich zu einer Hochschule entwickelt, die auch mit den größeren wohl wetteifern kann. Große Stiftungen, schöne Gebäude, gut eingerichtete wissenschaftliche Institute aller Art stehen ihr zur Verfügung. So kann die fünfhundertjährige „Academia Rostockiensis", wenn sie auch von ihren jüngeren Musenschwestern an Hörerzahl zumeist überflügelt ist, doch vor dem Forum der Wissenschaft wohl bestehen.

Professor Eduard Claus Meyer, Lehrer an der Düsseldorfer Kunstakademie, ist zweiundsechzigjährig gestorben. Claus Meyer hatte sich durch seine sauberen Genrebilder im Stil der Düsseldorfer Schule ein großes Publikum geschaffen.

Professor Dr. E. Madelung, bisher in Göttingen, wurde zum ordentlichen Professor der Physik an der Universität Kiel als Nachfolger von Geh. Rat L. Weber ernannt.

Dr.-Ing. Binder, Professor an der Technischen Hochschule in Darmstadt, ist zum ordentlichen Professor für Elektro-Maschinenbauindustrie, mechanische Abteilung an der Technischen Hochschule zu Dresden, ernannt worden.

Kleine Hochschulnachrichten. Professor Dr. Ernst Berl an der Technischen Hochschule zu Darmstadt hat den an ihn ergangenen Ruf auf den Lehrstuhl für chemische Technologie an der Technischen Hochschule zu Karlsruhe als Nachfolger von Geheimrat Bunte abgelehnt. — An der Universität Rostock wurden zu Ordinarien bestellt: Dr. Walther Merk (deutsches und bürgerliches Recht), bisher in Freiburg i. B., und Dr. Albert Erich Brinckmann (Mittlere und neuere Kunstgeschichte), bisher an der Technischen Hochschule zu Karlsruhe. — Zwei erledigte Ordinariate in der Architekturabteilung der Technischen Hochschule zu Aachen sollen wiederbesetzt werden. Auf das Ordinariat für bürgerliche Baukunst und Städtebau (an Stelle von Geheimrat Henrici) hat der Architekt Veil in Ulm eine Berufung erhalten. Ferner wurde der Lehrstuhl für Formenlehre (an Stelle des Geheimen Baurats Schupmann) dem Regierungsbaumeister a. D. Dr.-Ing. Kritschen in Berlin angeboten.

Die Angaben des Admiralstabes.

Am Schluß der gestrigen Vernehmung des Untersuchungsausschusses kam es zu einem scharfen Zusammenstoß zwischen dem ehemaligen Mitgliede des Reichsmarineamts Brüninghaus und dem Abgeordneten Dr. Struve. Beide waren als Zeugen vernommen und konnten sich über die Bedeutung gewisser Zahlen, namentlich darüber, ob ein U-Boot, das in Bau gegeben sei, auch schon als im Bau befindlich betrachtet werden könne, nicht einigen. Dr. Struve hatte in einem Artikel in ironischer Weise die Wahrhaftigkeit der Angaben von Brüninghaus in einer früheren Haushaltskommissionssitzung in Zweifel gezogen. Brüninghaus wehrte sich aufs entschiedenste gegen die Unterstellung der Unwahrhaftigkeit und charakterisierte in einer Bemerkung die Unterlagen, auf denen die Angriffe Dr. Struves beruhten, als solche, die ihm von Militärpersonen in hoch- und landesverräterischer Weise gemacht worden seien. Die Debatte über den U-Bootkrieg wurde bald geschlossen und die Sitzung endete mit scharfen persönlichen Bemerkungen beider Zeugen.

* * *

Im weiteren Verlauf der gestrigen Vernehmung fragt

Abg. Dr. **Spahn**: Welches ist Ihre persönliche Auffassung über den U-Bootkrieg?

von Capelle: Die Frage, ob und wann der U-Bootkrieg beginnen sollte, ging mich als Staatssekretär nichts an. Ich bin auch niemals gefragt worden. Als ich Staatssekretär geworden war, beurteilte ich unsere Kriegslage noch verhältnismäßig günstig. Ich war daher mit der vom Kaiser getroffenen Entscheidung einer Vertagung des U-Bootkrieges einverstanden, und es wurde mir daher auch leicht, diese Entscheidung vor dem Reichstag zu vertreten. Inzwischen bekam ich mehr und mehr Einblick in die Kriegslage. Um die Jahreswende 1916/17 war ich derselben Ansicht wie die Oberste Heeresleitung und der Reichskanzler, nämlich, daß unsere Lage sehr ernst war. Es blieb uns nichts anderes übrig, als das letzte Kriegsmittel einzusetzen, um uns vor dem Untergang zu retten. Dieser Auffassung neigte ich um so mehr zu, als uns der rücksichtslose U-Bootkrieg eine mindestens sehr große Chance bot, den Krieg für uns günstig zu beenden. Von einem Niederzwingen Englands ist niemals die Rede gewesen, wohl aber davon, daß der Erfolg genügen würde, um England zu einem brauchbaren Frieden geneigt zu machen.

Abg. Dr. **Sinzheimer**: In der Denkschrift des Admiralstabes ist aber ausdrücklich von einem Niederringen die Rede, von einem Sieg über England, und im Reichstagsausschuß hat Graf Westarp als Gefahr des U-Bootkrieges bezeichnet, daß Wilson Verhandlungsversuche machen und wir uns darauf einlassen würden. Er hoffte auf den vollständigen Sieg über England. In dieser Sitzung des Ausschusses waren alle Regierungsmitglieder anwesend, aber niemand hat dem Grafen Westarp widersprochen.

von Capelle: Zu solchen hochpolitischen Ausführungen Stellung zu nehmen, war nicht meines Amtes.

Minister Dr. **David**: Es ist von der größten Bedeutung, was die Oberste Heeresleitung und die Seekriegsleitung von dem rücksichtslosen U-Bootkrieg erhofft haben. Man stellt es jetzt so hin, als ob man nur ein psychologisches Weichwerden Englands erreichen wollte. Das entspricht aber nicht den Tatsachen. Der brauchbare Frieden, den man erhoffte, war der deutsche Schwertfrieden. Der war aber nur nach dem Siege über England zu erreichen. Wilson aber wollte den Frieden ohne Sieg. Zu diesem deutschen Schwertfrieden genügte nicht ein psychologisches Weichwerden Englands, sondern er mußte diktiert werden. Das ist in amtlichen Schriften auch gesagt worden. Die Seekriegsleitung verfolgte also sehr reale Ziele.

von Capelle: Ich habe stets davor gewarnt, von einer Aushungerung Englands zu sprechen, und habe das auch in meinen Reden im Reichstagsausschuß zum Ausdruck gebracht. Das war auch die Meinung in der Marine. Es handelte sich nur darum, England friedensbereit zu machen.

Professor **Bonn**: Die politische Entscheidung im Jahre 1916 bedeutete doch nicht, daß auf jeden U-Bootkrieg verzichtet werden sollte, sondern er sollte nur als Kreuzerkrieg geführt werden. War er in dieser Form wirkungslos?

von Capelle: Im März 1916 war die allgemeine Ansicht in der Marine, daß der Kreuzerkrieg keinerlei Ergebnisse zeitigen würde. Der Chef der Hochseeflotte war der Ansicht, daß er den Einsatz der U-Boote nicht lohnt. Er hat den Kreuzerkrieg mit den ihm unterstellten Streitkräften nicht geführt und ist erst im November durch den Kaiser gezwungen worden, den Kreuzerkrieg aufzunehmen. Beim U-Bootsbau bin ich nicht hinter den bisherigen Modus zurückgegangen, aber es hätte einen eigenartigen Eindruck gemacht, wenn ich nach der Sussexnote mit einem großen U-Bootprogramm gekommen wäre. Ich habe das bisherige System fortgeführt. Mir ist dann der Vorwurf gemacht worden, ich hätte den Reichstag getäuscht. Ich hätte wohl die Zahl der fertigen U-Boote mit 160 benannt, aber verschwiegen, daß davon nur eine geringe Zahl in See sei. Die Ansicht, als ob mit der steigenden Zahl der U-Boote auch die Zahl derjenigen steigt, die in See sind, ist grundverkehrt. Von ausschlaggebender Bedeutung ist nur die Versenkungsziffer. Das habe ich im Reichstag eingehend erläutert. Wenn einzelnen Herren die fremde Materie nicht in Fleisch und Blut übergegangen ist, so ist das nicht meine Schuld. Wir haben uns festgelegt auf 600 000 Tonnen Versenkung und sind im Februar auf 750 000 Tonnen und in den nächsten Monaten durchschnittlich auf 900 000 Tonnen gekommen. Wie kann man da behaupten, ich hätte den Reichstag getäuscht! Ich hoffe, daß Dr. Struve diesen harten Vorwurf zurücknehmen wird.

Kapitän **Brüninghaus**: Dr. Struve hat nicht nur den Staatssekretär v. Capelle, sondern auch mich bezichtigt, dem Reichstag falsche Angaben hinsichtlich der im Bau befindlichen U-Boote gemacht zu haben. Er hat diese Behauptung nicht nur hier aufgestellt, sondern, dem Ergebnis des Unterausschusses vorgreifend, auch in seiner Parteikorrespondenz diese Ansicht vertreten. Als am 3. Juli 1918 diese Angelegenheit in der Kommissionssitzung zur Sprache kam, vertrat ich den Chef des U-Bootsamts. Die Kommission war auf Wunsch der Fortschrittlichen Volkspartei zusammengetreten, sie sollte prüfen, ob für die Werften irgendwelche Verbesserungen durch Arbeitergestellung usw. möglich sei, um eine größere Anzahl von U-Booten schleunigst herzustellen. Ich habe damals die Auskunft gegeben, daß 479 Boote im Bau seien. „In Bau geben" ist ein terminus technikus, der gleichbedeutend ist mit in Bestellung geben. Herr Struve nannte uns laienhaft, da wir nicht wüßten, daß, wenn ein U-Boot in Auftrag gegeben werde, es noch nicht auf Stapel liege. Theoretisch wie praktisch liegt es aber so, daß ein in Auftrag gegebenes U-Boot tatsächlich innerhalb von 24 Stunden sich im Bau befindet. Der Apparat ist so, daß sofort die Unteraufträge an die zahlreichen Maschinen- und sonstigen Baufirmen gegeben werden, von denen z. B. mehr als tausend Unterlieferanten in Süddeutschland für den U-Bootbau tätig waren. Meine Angabe, daß 479 Boote in Bau gegeben seien, entsprach durchaus den Tatsachen. Ich wäre auch dumm gewesen, wenn ich einer Kommission gegenüber, die ausdrücklich prüfen sollte, ob nicht die Werften mehr schaffen könnten, unrichtige Angaben gemacht hätte. Ich hätte geglaubt, daß Herr Struve mir ein größeres Maß von Intelligenz zugetraut hätte. Zum mindesten hätte Herr Struve, nachdem später der Chef des U-Bootamts die gleichen Angaben gemacht hatte, mit seinem Urteil vorsichtiger sein sollen.

Ich stelle hier in der Oeffentlichkeit fest, daß die Beschuldigung, ich hätte die Kommission fälschlich unterrichtet, auf deutsch, ich hätte sie belogen, eine unhaltbare Auffassung des Herrn Dr. Struve ist.

Kapitän **Bartenbach**: Tatsächlich besaß die Marine bei Beginn des U-Bootkrieges 164 U-Boote, das ist etwa das Doppelte von 1916. Dr. Struve sagte, der Staatssekretär habe eine irreführende Aufstellung gegeben, wenn er angegeben habe, daß 40 oder 50 Prozent der Boote an der Arbeit am Feind sein müsse. Wenn man diesen Prozentsatz von 40 Prozent einsetzt, so hätten damals tatsächlich bei der durchschnittlich vorhandenen Zahl von 127 Booten während des ganzen U-Bootkrieges etwa 50 ständig an der Arbeit sein müssen. Tatsächlich sind im Durchschnitt in den 19 Monaten des unbeschränkten U-Bootkrieges an der Arbeit gewesen 47 Boote. Die Schätzung des Staatssekretärs ist also außerordentlich genau gewesen. Ueberdies handelte es sich beim Beginn des unbeschränkten U-Bootkrieges Februar 1917 nicht um einen für die Marine vollkommen neuen Kriegsabschnitt. Der Plan ging dahin, einen gehörigen Aderlaß dem Wirtschaftsleben Englands zuzuführen, England sollte die Lust, jahrelang Krieg zu führen, vergällt werden; wir wollten England zeigen, wie die uns zugedachte Erdrosselung ihm selber bekomme. Die neuauslaufenden U-Boote unterschieden sich durch nichts von den früheren, sie hatten nur andere Verhaltungsvorschriften an Bord. Zu beachten ist noch, daß beim Auslaufen der ersten Schiffe im Januar und Februar außerordentlich schwierige Eisverhältnisse in der Nordsee bestanden.

Abg. Dr. **Struve** weist darauf hin, daß Kapitän Bartenbach nach dem Tirpitzbuch im Jahre 1918 erklärt habe, die Bautätigkeit der Marine sei von der Front viel schärfer verurteilt worden als von Dr. Struve.

Brüninghaus stellt fest, daß im Anfang 1918 in einer Sachverständigenkonferenz Dr. Struve auch im Namen des Abgeordneten Gothein dem Leiter des U-Bootsamtes seinen Dank ausgesprochen habe. Der Redner wendet sich dann gegen einzelne Bemerkungen des Abg. Struve. Er erklärt, er sei auch auf den Werften sachverständig. Er habe sich nicht hoch- und landesverräterischerweise Material zutragen lassen, sondern sein Material aus Kreisen erhalten, die einwandfrei sind. (Unruhe.)

Vors. **Warmuth**: Für den Ausschuß ist nun die U-Bootsfrage nach der technischen Seite hin erledigt.

Es folgen persönliche Bemerkungen.

Abg. **Gothein**: Dr. Struve sprach den Dank aus, weil erst unter Ritter von Mann alles ausgeführt wurde, was wir verlangt hatten, leider zu spät.

Abg. Dr. **Struve**: Ich muß aufs schärfste Verwahrung einlegen und erbitte den Schutz des Gerichts, daß ein Herr Brüninghaus noch heute es fertig bekommt, solche Angriffe zu erheben.

Vors. **Warmuth** (unterbrechend): Das geht nicht, wir sind hier nicht im Parlament, wo ein freies Wort gestattet ist. Der Ausschuß hat starke Aehnlichkeit mit einem Gerichtshof; es müssen daher auch die Formen gewahrt werden, die vor Gericht üblich sind. Die persönlichen Spitzen müssen unterbleiben.

Abg. Dr. **Struve**: Ich weise den ungeheuren Vorwurf, daß mir in landes- und hochverräterischer Weise Material zugetragen worden wäre, mit aller Entschiedenheit zurück. Ich hatte geglaubt, daß diese Aeußerung in irgendeiner Weise zurückgewiesen werden würde. Ich habe Herrn Brüninghaus persönlich keinerlei Vorwürfe gemacht, sondern mich nur gegen das Reichsmarineamt gewendet. Meine Behauptung, daß tatsächlich 479 Boote nicht im Bau gewesen sind, bleibt bestehen.

Kapitän **Brüninghaus**: Ich habe nur festgestellt, daß die Informationen, die Abg. Dr. Struve während des Krieges bekommen hat, die allergeheimsten Geheimnisse der Marine betrafen und nur von Leuten überbracht werden konnten, die meines Erachtens Landesverrat getrieben haben. In dem Artikel des Abg. Dr. Struve werde ich nicht als Direktor des Departements angegriffen, sondern es heißt da, daß über die Tätigkeit des Kapitän Brüninghaus der Mantel der christlichen Liebe gedeckt werden solle.

Abg. **Gothein**: Das Material, das mir zugegangen ist, ist von Herren mir zugestellt worden, die in rein vaterländischem Sinne gehandelt haben, weil sie beim Reichsmarineamt nicht durchdringen konnten. Ich habe auch nur in vertraulichen Sitzungen davon Gebrauch gemacht.

Dr. **Struve**: Ich habe das Material im Amtszimmer des Dezernenten diesem überreicht, es stammte von besorgten Patrioten und war von A bis Z richtig.

Um 2 Uhr wird die Beratung abgebrochen, nächste Sitzung Mittwoch 1 Uhr mit der Vernehmung des Staatssekretärs a. D. Dr. Helfferich.

Französische Tendenzmeldung.

Das bekannte französische Hetzblatt „Action française" brachte am 2. September d. J. eine Notiz über die neuen Postluftschiffahrtslinien in Deutschland. In dieser Notiz wurde die Behauptung aufgestellt, General Vollbrecht habe im September d. J. in einer Sitzung des Nationalverbandes deutscher Offiziere folgende Bemerkung gemacht:

„Die Umbildung der Zivilapparate in Militärapparate wird sich in einigen Stunden machen lassen. Der nächste Krieg würde ein Luftkrieg werden. Wir können uns dazu beglückwünschen, denn im Bereiche der Luftschiffahrt wird die Kontrolle unserer Feinde am wenigsten belästigend sein."

Die Absicht dieser tendenziösen Nachricht ist durchsichtig! Es muß mit allem Nachdruck festgestellt werden, daß die angebliche Aeußerung General Vollbrechts vollkommen erfunden ist.

Der Nationalverband deutscher Offiziere betont nachdrücklichst, daß in den Monaten Juli, August, September überhaupt keine Sitzungen dieses Verbandes stattgefunden haben. Der namentlich genannte General Vollbrecht gehört dem Vorstand schon seit langem nicht mehr an und konnte also in einer Sitzung überhaupt nicht das Wort ergreifen.

Die angeblichen Gewehrlieferungen an Rußland.

Die „Freiheit" behauptet in ihrer Nr. 546, daß die Reichsregierung den russischen Gegenrevolutionären amtliche Unterstützung gewähre, daß sie ein frivoles Doppelspiel treibe, in dem sie sich selbst in Gegensatz setze zu dem vom Oberkommando Noske erlassenen Verbot der Materialschiebungen für russische Formationen. Das Blatt der Unabhängigen versucht, für diese leichtfertige Behauptung den Beweis dadurch zu erbringen, daß es erzählt, es lagerten im Reichswerk Spandau 5000 Gewehre, die für Rußland bestimmt seien. Wie die „P. P. N." erfahren, lagern in den Depots des Reichswerks Spandau 3700 Gewehre, Modell 71. Es handelt sich also um ein völlig veraltetes Modell, das schon deshalb für Kriegszwecke überhaupt nicht mehr in Frage kommen kann, weil sämtliche Läufe bereits für Schrotladungen umgeschlagen sind. Für Rußland sind auch diese Jagdgewehre nicht bestimmt. Mit diesem mißlungenen Versuch eines Beweises ist aber auch die erste Behauptung der „Freiheit" hinfällig geworden, die anscheinend wiederum nur den Zweck verfolgte, die Reichsregierung bei der Entente anzuschwärzen.

Das Ende des Metallarbeiterstreiks.

Die Urabstimmung in den Betrieben der Berliner Metallindustrie ist zugunsten des Streikabbruchs ausgefallen. Die Fünfzehnerkommission gibt bekannt:

Die in den Betrieben vorgenommene Urabstimmung hat ergeben, daß die statutarische Voraussetzung für die Weiterführung des Streiks nicht mehr gegeben ist. Durch die Abstimmung ist die Wiederaufnahme der Arbeit beschlossen worden. Entsprechend dieser Urabstimmung hat die Fünfzehnerkommission beschlossen: Der Streik wird für beendet erklärt. In den Betrieben, in denen die Möglichkeit der sofortigen Arbeitsaufnahme besteht, können die Kollegen am Mittwoch früh die Arbeit wieder aufnehmen.

Die Spar-Prämienanleihe.

Jetzt schon zeigt sich für die neue deutsche Spar-Prämienanleihe ein so großes Interesse, daß die veranschlagten fünf Milliarden voraussichtlich hoch überzeichnet werden dürften. Um nun den Zeichnern der ersten derartigen Anleihe, die jetzt bis zum 3. Dezember zur Zeichnung aufliegt, eine besondere Anerkennung zuteil werden zu lassen, ist ihnen das Vorzugsrecht eingeräumt worden, bei späteren Ausgaben einer gleichartigen Anleihe ein Stück zu erwerben. Durch Zeichnung der ersten Anleihe ist also gleichsam ein Vorkaufsrecht auf spätere Prämienanleihen gegeben, was den Besitzern der ersten Anleihe sicher große Vorteile bieten wird.

Da im Publikum noch vielfach Unkenntnis über den Erwerb der Spar-Prämienanleihe herrscht, sei hier nochmals mitgeteilt, daß die Spar-Prämienanleihe zur Hälfte in bar, zur Hälfte in Kriegsanleihe bezahlt werden muß. Vor der Einzahlung der Kriegsanleihe ist der Januar-Coupon der Kriegsanleihe abzutrennen. Besitzt der Zeichner aber Kriegsanleihe mit April-Oktober-Coupon, so wird ihm beim Einliefern die Hälfte des Coupons vergütet. Die Zinsen der Kriegsanleihe laufen also bis zum 31. Dezember 1919. Die Aufsparung der Zinsen der Spar-Prämienanleihe beginnt am 1. Januar 1920.

Wie die „P. P. N." an zuständiger Stelle erfahren, ist für Württemberg in Stuttgart ein Landesausschuß zur Förderung der Spar-Prämienanleihe unter Vorsitz des Abgeordneten Hanser gegründet worden. Auch in Liegnitz hat sich für Niederschlesien ein Landesausschuß gebildet. Die Bildung von Ortsausschüssen ist in Vorbereitung.

Die 775-Millionen-Beihilfe für Wohlfahrtszwecke.

In der letzten Sitzung des Gemeindeausschusses der Preußischen Landesversammlung standen die beiden Anträge des Finanzministeriums und des Handelsministeriums über die Kriegswohlfahrtsausgaben der Gemeinden zur Beratung. Der erste Antrag, der 500 Millionen Mark für weitere Beihilfen zu den Kriegswohlfahrtsausgaben der Gemeinden und zur Verbilligung der Lebensmittel fordert, wurde einstimmig angenommen, ebenso der zweite, der zur Unterstützung öffentlicher Notstandsarbeiten 275 Millionen Mark fordert. Einstimmig ersuchte der Ausschuß, auf Antrag des Abg. Dr. Weyl (U. Soz.) die Regierung um schleunige Vorlage eines Gesetzes über weitere Beihilfen an die Gemeinden und um Einwirkung auf die Reichsregierung, damit diese mit größter Beschleunigung den Gemeinden und Gemeindeverbänden die von ihnen zu Familienunterstützungen und Kriegswohlfahrtszwecken vorschußweise für das Reich verausgabten Gelder samt Tilgungs- und Verzinsungskosten zurückerstattet. Denselben Gegenstand behandelte eine Petition des Reichsstädtetages, die zu gleicher Zeit zur Debatte stand. Sie ist durch die Annahme des Antrages Dr. Weyl, die trotz der Erklärung der Regierung über die außerordentlich hohen Kosten auf Empfehlung des Abg. Bruns (Soz.) einstimmig erfolgte, erledigt.

Preußische Landesversammlung.

78. Sitzung vom Dienstag, 11. November, mittags 12 Uhr.

Am Regierungstische: Fischbeck.

Präsident **Leinert** eröffnet die Sitzung um 12½ Uhr.

Auf der Tagesordnung stehen zunächst kleine Anfragen.

Abg. D. **Rade** (Dem.) fragt an wegen des Verbots der auf den 16. September berufenen Synode der evangelischen Kirche Nassaus durch die französische Behörde.

Regierungsvertreter **Rammelsberg**: Die Genehmigung für die Synode war erst von einer nicht zuständigen französischen Stelle erteilt und dann wieder zurückgezogen worden. Die Genehmigung der zuständigen höheren Stelle war nicht mehr rechtzeitig herbeizuführen. Zurzeit kommt eine Genehmigung nicht in Frage, weil das der Synode vorzulegende Kirchengesetz nochmals umgearbeitet und zunächst den Kreissynoden unterbreitet werden soll.

Abg. Frau **Arendsee** (U. Soz.) fragt an, ob die Regierung die Verfügung von 1851, die die Genehmigung der vorgesetzten Behörde zur Annahme der Wahlen als Gemeindeverordnete und zur Annahme von unbesoldeten Gemeindeämtern für die Staatsbeamten vorsieht, aufheben wolle.

Ein **Regierungsvertreter** erwidert, daß diese Genehmigung nach wie vor eingeholt werden müsse, daß sie aber nur aus wichtigen Gründen versagt werden dürfe.

Abg. **Menzel**-Halle (U. Soz.) weist in seiner Anfrage hin auf die Gefährdung der wirtschaftlich aufeinander angewiesenen Werke Reichsstickstoffwerk Piesteritz und Großkraftwerk Zschornitz infolge der mangelnden Kohlenbelieferung durch die Grube Golpa, welche letztere nicht voll ausgenutzt werde, und fragt, ob die Regierung den Betriebsräten gemeinwichtiger Betriebe Gehör verschaffen wolle, damit sie nicht, wie in diesem Falle vom Eisenbahnministerium, abgewiesen werden.

Geheimer Bergrat **Röhrig** erwidert, daß die Grube Golpa stets ausreichende Kohlenmengen zur Verfügung hält für das Kraftwerk Zschornitz, und daß die Betriebsräte in dringenden Angelegenheiten stets bei den Behörden Gehör finden; die Betriebsräte müssen sich aber zunächst an die Lokal- oder Provinzialbehörden wenden.

Abg. **von Kessel** (D. Nat.) weist darauf hin, daß die Nachtfröste große Mengen von Kartoffeln vernichten, wenn die angefrorenen Kartoffeln nicht den Trockenfabriken zugeführt werden, und fragt, ob der Landwirtschaftsminister sich dafür einsetzen wolle, daß diesen Fabriken nicht nur Kohlen versprochen, sondern sie auch mit Kohlen beliefert werden.

Geh. Rechnungsrat **Bartz**: Die Erfassung und Verteilung der Kohlen mit Einschluß der aus staatlichen Gruben gewonnenen unterliegt der Regelung durch den Reichskohlenkommissar. Die außerordentlichen Brennstoffnöte und ihre Gründe sind allgemein bekannt; unter diesen Schwierigkeiten hat auch die Landwirtschaft zu leiden. Der Landwirtschaftsminister bemüht sich andauernd um eine einigermaßen ausreichende Befriedigung des Betriebskohlenbedarfs der Landwirtschaft und hat insbesondere unter Hinweis auf die Bedeutung der Kartoffeltrocknung für die Ernährungswirtschaft den Reichskommissar jetzt dringend um Sonderbelieferung der Trocknungsfabriken mit Kohlen ersucht.

Abg. **Heller** (Soz.) fragt an wegen der Gefährdung der Kartoffelernte in Ostpreußen durch die Zurückziehung der polnischen Arbeiter. Deutsche Arbeiter kehrten von dort wegen der Arbeitsbedingungen zurück. Große Mengen von Speisekartoffeln verkauften die Landwirte an Aufkäufer als Saatkartoffeln, um 3 bis 5 ℳ pro Zentner mehr zu erzielen.

Ein **Regierungsvertreter** erwidert, daß die städtischen Arbeitsnachweise nichtgeeignete Personen nach Ostpreußen entsandt hätten, die Arbeitsbedingungen seien tariflich geregelt. Um die Einbringung der Ernte sicherzustellen, seien schon vor längerer Zeit die notwendigen Maßnahmen durch Bildung von Arbeitskommandos getroffen worden. Zur Verhinderung des Verkaufs von Speisekartoffeln als Saatkartoffeln würden von dem Reichswirtschaftsministerium Maßnahmen erfolgen.

Abg. **Prelle** (D. Hann.) fragt nach den Maßnahmen, um den aus der Kriegsgefangenschaft zurückkehrenden selbständigen Handwerkern und Gewerbetreibenden wieder zu einer Existenz zu verhelfen; er fragt weiter, ob die Regierung sich mit den berufenen Vertretungen des Handwerks und Gewerbes darüber ins Einvernehmen setzen wolle.

Ein **Regierungskommissar** erwidert, daß die Regierung ihr besonderes Augenmerk dieser Angelegenheit zuwende und Verhandlungen darüber mit den berufsmäßigen Vertretungen des Handwerks und Gewerbes veranlassen werde.

Darauf wird die Beratung des Haushalts der Berg-, Hütten- und Salinenverwaltung fortgesetzt, wozu inzwischen noch der Antrag des Abg. Altegoer (Zentr.) eingegangen ist, der die Vergebung von Staatsarbeiten an die selbständigen Handwerksmeister wünscht.

Abg. **Ludwig** (U. Soz.):

Wenn in einer unabhängigen Zeitung so geschrieben würde, wie wir in der „Deutschen Zeitung" und ähnlichen Blättern lesen, so würden sie schnell verboten werden. In der „Post" vom 9. November heißt es z. B.: „Diese mit Fluch beladene Regierung kann unser Volk nicht erlösen. Darum: Fort mit den Männern der Revolution!" Unterschrieben ist dieser Satz: Dr. Karl Georg Negenbron, Mitglied der Preußischen Landesversammlung. Wenn einmal in unseren Zeitungen so etwas steht, dann sind wir gleich Spartakisten. Wir verübeln es Ihnen nicht, wenn Sie zu denselben Schlußfolgerungen kommen wie wir. Nur die zwiespältige Zunge, das ist es, was uns trennt. (Zuruf: Sonst nichts? Heiterkeit.)

Präsident **Leinert**:

Diese allgemeinen politischen Ausführungen stehen doch in gar keiner Beziehung zu dem vorliegenden Etat. Ich bitte, sich bezüglich der politischen Frage wenigstens an die Bergarbeiter zu halten.

Abg. **Ludwig**:

Wenn jetzt Unruhe vorhanden ist, so liegt das in den gegenwärtigen faulen Verhältnissen, an der Kartoffelnot und an dem Mangel der notwendigen Nahrungsmittel. Ihre Parteifreunde (zur Rechten) sind es, die Sabotage treiben mit den Lebensmitteln und der Zurückhaltung der Kartoffeln. Ich möchte den Minister Oeser davor warnen, zur Selbsthilfe zu greifen, sonst könnte die englische Nothilfe kommen und er dabei in Schutzhaft geraten. Die Verhältnisse der Bergarbeiter in den westfälischen Bezirken sind sehr traurig. Schon längst vor dem Kriege kam dort nur Pferdefleisch als Nahrung in Betracht. Durch die schlechte Ernährung sind die Leute widerstandslos gemacht. Sie waren vollständig in die Hand der Unternehmer gegeben. Die Verhältnisse im Ruhrrevier mußten ja zu einer Katastrophe führen. Die Forderungen der Bergarbeiter auf Lohnerhöhung sind voll berechtigt. Die Verkürzung der Arbeitszeit hat die gesundheitlichen Verhältnisse der Belegschaften erfreulich gebessert, schon jetzt weist die Krankenziffer einen erheblichen Rückgang auf. Welche Stellung nimmt die preußische Regierung gegenüber dem Erlaß ein, der den Arbeitszwang im Ruhrrevier vorschreibt? Schon sechs Wochen warten wir vergeblich auf Antwort. Wenn man über die jetzige große Kohlennot der Klage kein Ende findet, soll man auch nicht vergessen, daß bei dem großen Rückmarsch im Herbst 1918 von uns mit kaltem Blut 111 nordfranzösische Zechen zerstört, 40 Schächte gesprengt worden sind.

Abg. Dr. **Tegeder** (D. V.):

Furchtbar sind die Gefahren, die uns von der Kohlennot drohen. Was wird geschehen, wenn sogar die Heimstätten wegen Kohlenmangels schließen müssen? Gestern hat der Eisenbahnminister mit der Beschlagnahme der Kohlenvorräte gedroht; heute nimmt der Reichskohlenkommissar in der Presse dagegen Stellung. Wo bleibt da die Einheitlichkeit der Regierung, wo bleibt sie in dem Falle Erzberger-Heine? Der Minister Heine hat in Dessau behauptet, die Erzbergerschen Finanzprojekte bedeuteten den Tod des Staates. Wenn wir solche Widersprüche in den Reihen der verantwortlichen Minister erleben, wo soll da Ruhe und Zuversicht herkommen? Uns tut eine einheitliche, starke, zielbewußte Leitung und Führung der Staatsgeschäfte dringend not. Nicht die Revolution hat uns die Wirtschafts- und die Kohlenkrise gebracht, wohl aber der Geist der Loslösung von jedem Autoritäts- und Pflichtgefühl, der sich lähmend auf das ganze Wirtschaftsleben gebreitet hat und der ein Kind der Revolution ist. Tatsächlich ist doch die große Mehrzahl der letzten Streiks politischer Natur gewesen; wir hätten sie in dieser furchtbaren Form nicht gehabt, wenn nicht die Revolution gewesen wäre. Wilde Streiks entspringen oft aus den nichtigsten Ursachen. Jedenfalls ist durch die Revolution die Kohlennot sehr vergrößert worden. Ein Hauptgrund für die herrschende Kohlennot ist die Verkürzung der Arbeitszeit von 8½ auf 7 Stunden. Daß die Gewerkschaftsführer davon nicht gern sprechen, ist begreiflich. Es ist unmöglich, bei einer solchen Verkürzung der Arbeitszeit ebensoviel wie früher zu schaffen. Für die Verbesserung der Ernährung muß alles, was irgend möglich ist, geschehen, vor allem in der Kartoffelversorgung. Die jetzt eingetretene kleine Hebung der Kohlenförderung soll nicht überschätzt werden. Es sind ja auch 25 000 Mann neu angelegt worden. Um eine gründliche Besserung zu erzielen, wären wenigstens 120 000 Mann erforderlich. Auch würden dazu mindestens 70 000 neue Wohnungen nötig sein, um die Bergarbeiter in größerer Zahl ansässig zu machen. Das sind Zukunftspläne, über die jetzige Not kann uns nur ein Mittel hinwegbringen: Mehr Arbeit! Natürlich nicht Verlängerung der Schichten, sondern Ueberschichten und Ueberstunden mit entsprechend höherer Bezahlung. Es sollen ja auch mehr als die Hälfte aller Bergarbeiter dazu bereit sein, aber die Angst vor dem Terror der Spartakisten, Kommunisten und Radikalen hält sie zurück. (Lachen bei den U. Soz.) Die Hoffnungen des Abg. Rippel auf eine Revision des Friedensvertrages teile ich nicht, wir haben ja eine Weltkohlennot. Den Abschiedsworten an die Bergarbeiterschaft des Saarreviers schließen wir uns aus vollem Herzen an und legen der Regierung ihr Schicksal ans Herz. Zum Schluß bekundet der Redner seine Freude über das neue Wuchergerichtgesetz, das hoffentlich dem verderblichen Schieber- und Schmarotzertum ein Ende machen werde.

Abg. **Franz**-Kattowitz (Soz.):

Das Wohl und Wehe unseres Volkes hängt von der Lösung der Kohlenfrage ab. Bei dieser Gelegenheit hat sich zum ersten Male gezeigt, daß die Parteien der Linken sich vollständig einig sind. Darüber möchte ich meiner Freude Ausdruck geben und hoffen, daß dies auch in Zukunft der Fall sein möge, zumal die Reaktion ihr Haupt auf allen Gebieten jetzt höher erhebt. Die rechte Seite des Hauses will die Ursachen der Kohlennot absolut nicht sehen. Sie sagt immer, die Kohlennot sei eine Folge der Revolution. Aber wer hat denn die Revolution geschaffen? Doch nur Sie! Ihre Handlungsweise gegenüber der Arbeiterschaft hat eine Stimmung geschaffen, die einmal zur Auslösung kommen mußte. Die Bergarbeiter sind in unerhörter Weise schikaniert worden und den Organisationen ist jede Gelegenheit genommen worden, an die Bergarbeiter heranzukommen und Ruhe und Ordnung sowie Verständnis für die Not des deutschen Volkes zu schaffen. Also unsere Politik hat nicht Schiffbruch gelitten, sondern Ihr Verhalten trägt schuld an dem jetzigen Verhältnis. Das Sinken der Kohlenförderung ist eine internationale Kriegserscheinung. Die Bergarbeiter sind infolge ihrer Unterernährung nicht mehr imstande, dieselben Leistungen zu vollbringen wie vor dem Kriege. Erkrankungen und Todesfälle haben in erschreckendem Maße infolge der mangelhaften Ernährung, wie selbst ein Inspektionsbericht festgestellt hat, zugenommen. Zwischen dem Eisenbahnminister und dem Kohlenkommissar scheint ein Mißverhältnis zu bestehen, da der Minister gestern damit drohte, zur Selbsthilfe greifen zu wollen. So schlechte Kohlen, wie der Minister gestern meinte, werden in Wirklichkeit nicht gefördert, da scheinen irgend welche Schiebungen mitzusprechen. Eine Untersuchung scheint da dringend nötig zu sein. Die Invalidenrenten müssen endlich aufgebessert werden. In dieser Beziehung hat das Dreiklassenparlament völlig versagt. Jetzt spielen die Herren von der Rechten sich als arbeiterfreundlich auf. Der Abg. Riedel fand es merkwürdig, daß dort, wo die Löhne am meisten gestiegen seien, die Leistung am meisten gesunken sei. In Oberschlesien ständen die Löhne am allertiefsten, daher die schlechte wirtschaftliche Lage der Bergarbeiter. In Oberschlesien betrug die Arbeitszeit zehn bis elf Stunden, in Westfalen dagegen nur acht Stunden. Die Lage der Bergarbeiter muß gebessert werden, dann kommen wir auch zu besseren volkswirtschaftlichen Verhältnissen. (Beifall.)

Oberberghauptmann **Althaus**:

Es sind eine Fülle von Einzelheiten vorgebracht worden, über die wir nicht unterrichtet sein können; wir werden aber die nötigen Informationen einholen.

Abg. **Frentzel** (Dem.):

Die Frage des geistigen materiellen Wohlbefindens des Bergarbeiters ist zurzeit die wichtigste und bedeutendste Frage der Produktionsförderung überhaupt. Die Kohlennot sollte man nicht mehr unter dem Gesichtspunkt von Schuld und Sühne betrachten, man sollte nicht mehr ermitteln wollen, ob die Revolution oder der militärische Zusammenbruch das Primäre war. Raubbau ist getrieben worden, das steht fest. Bei Kriegsausbruch hatten wir es mit einer Kohlenfülle zu tun; nach ihm ging alsbald diese Fülle stark zurück, dennoch ließ man es bis 1916 als die ersten Anzeichen der kommenden Kohlennot schon sichtbar wurden, durchaus bei der freien Wirtschaft, und der Reichskohlenkommissar kam viel zu spät. Gerade in jene Zeit fiel das sogenannte Hindenburgprogramm, durch das die Handhabung der Wirtschaft, wie schon vorher die Handhabung der Finanzen ausschließlich unter den Gedanken des Sieges gestellt wurde. Die Schuld an den Folgen trägt nicht die Industrie, nicht der Raubbau, sondern die Uebermacht der Militärbehörden, die sich durch wirtschaftliche Erwägungen nicht beirren ließen. Der Schwerpunkt des Berghaushalts wird vielleicht schon bald von Preußen auf das Reich übergehen. Ein Reichsknappschaftsgesetz, ein Reichsberggesetz wird erwartet. Wir wünschen, daß der gute Kern des preußischen Bergwesens bei der bevorstehenden Ummodlung nicht verloren geht. Trotz aller Mängel stellt sich das preußische Bergwesen als das erste und beste von allen Kulturnationen dar. An diesem Lobe hat auch die staatliche preußische Bergwerksverwaltung ihren vollen Anteil. Jetzt ist aus dem preußischen Berghaushalt ein Zuschußhaushalt geworden. Das ausländische Kapital dringt in unsere Bergreviere ein. Eine gewisse Befruchtung dieses ausgehungerten Wirtschaftskörpers durch ausländisches Kapital ist vielleicht nötig, aber es darf nicht die Herrschaft an sich reißen. Wehe unserem Bergbau, wenn er in die Hände der Engländer oder der Franzosen kommt! Die Kohlenpreiserhöhung hat ihre Grenzen, sie ist lediglich eine indirekte Steuer schärfster Art. (Lebhafte Zustimmung.) Unsere Friedensförderung betrug zuletzt rund 190, unser Bedarf 170 Millionen Tonnen. 1919 haben wir höchstens 120 Millionen Tonnen, das sind 50 Millionen Tonnen zu wenig, und davon geht noch ab die Forderung der Entente mit 40 Millionen und der Verlust in dem Saarrevier mit 10 Millionen. Es bleiben uns also nur 70 Millionen und es fehlen uns nicht weniger als 100 Millionen Tonnen. (Hört, hört!) Schon hieraus erhellt, daß die Ententepolitik durchaus töricht ist, daß die Gegner mit ihrer Durchführung sich in das eigene Fleisch schneiden. Sind sie klug, so werden sie sich auf eine Revision einlassen, tun sie es nicht, so werden die feindlichen Völker klüger sein als ihre Regierungen und erkennen, daß man die deutsche Wirtschaftskraft nicht aus dem europäischen Konzern herausschneiden kann. Der Streit ist müßig, ob wir es mit einer Kohlennot oder mit einer Transportnot zu tun haben; beides ist vorhanden, und deshalb steht auch die Angabe des Handelsministers mit der des Eisenbahnministers nicht im Widerspruch. Wenn der Eisenbahnminister mit den schärfsten Maßregeln droht, so tut er es nicht aus Ressortpatriotismus, sondern im Hinblick auf das große gemeinsame Ziel, jeder erfüllt nur seine Pflicht. Können wir die Kohlenfördermenge nicht wieder auf 170 Millionen Tonnen jährlich bringen, so sieht es in Zukunft um Deutschlands Wirtschaft recht trübe aus. Das deutsche Wirtschaftsleben wird neben seinem Kohlenreichtum durch seinen tüchtigen Kaufmannsstand, durch seinen hochintelligenten Arbeiterstand und durch ein Zusammenarbeiten von Wissenschaft und Technik, wie es in keinem anderen Lande der Welt existiert, aufrechterhalten. Keine Frage ist wichtiger als die rheinische Kohlenförderung. Es darf nicht zur Auswanderung kommen. Wir müssen wieder zur Selbstgenügsamkeit zurückkehren. Die besten Geister sollen uns zeigen, wie aus der Menge der vorhandenen Kohlen der größte Nutzen gezogen werden kann. (Beifall.)

Die weitere Beratung wird auf Mittwoch 12 Uhr vertagt, außerdem dritte Beratung des Gesetzentwurfs über Erweiterung der Selbständigkeitsrechte der Provinzialverbände sowie erste Beratung des Gesetzentwurfs über die Steuerveranlagung und Steuerverwaltung. Schluß 5½ Uhr.

Letzte Meldungen.

Erschwerte Einreise nach England.

London, 11. November. Auf eine Anfrage im Unterhaus antwortete der Unterstaatssekretär des Auswärtigen Amts, daß im allgemeinen gemäß den Bestimmungen des Fremdengesetzes denjenigen Personen kein Paßvisum erteilt werde, die im Vereinigten Königreich Arbeit suchen möchten. Unter diesen Umständen sei es selbst im Interesse der Antragsteller gelegen, daß sie sich erst gar nicht auf den Weg nach England begäben. Nur mit Ermächtigung des Arbeitsministeriums können derartige Paßvisa gegeben werden.

P. **Wien**, 11. November. (Eigene Drahtmeldung.) Wie die „Arbeiterzeitung" meldet, wird der Jahrestag der Errichtung der österreichischen Republik von der Arbeiterschaft Wiens festlich begangen werden. Vormittags werden in allen Bezirken Festversammlungen, nachmittags und abends künstlerische Veranstaltungen stattfinden. Der Bürgermeister hat zu einer Festsitzung des Gemeinderats eingeladen. Morgen finden in den Wiener Hochschulen weder Vorlesungen noch Prüfungen statt, auch wird morgen die Durchführung von Begräbnissen wegfallen.

Versailles, 10. November. Wie „Echo de Chine" aus Tokio meldet, hat die japanische Vereinigung der Industriellen mit einer Stimme Mehrheit beschlossen, die Einführung des Achtstundentages um fünf Jahre zu verschieben.

Washington, 11. November. (Reuter.) Der Senat hat bei der Diskussion über den Vorbehalt des Senats-Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten zum Artikel 10 des Friedensvertrages, wonach dem Kongreß das Urteil darüber zufällt, ob die Vereinigten Staaten verpflichtet sind, die Unabhängigkeit und territoriale Unversehrtheit einer anderen, zum Völkerbund gehörenden, Nation zu verbürgen, mit 48 gegen 36 Stimmen abgelehnt, diesen Vorbehalt durch einen gemäßigteren zu ersetzen. Die Anzeichen deuten auf die schließliche Annahme des Ausschußvorbehaltes gegen die Wünsche der Regierung hin.

Indianapolis, 11. November. (Reuter.) Der allgemeine Ausschuß der Bergarbeiter hat heute morgen nach 17stündiger Beratung beschlossen, in Ausführung der vom Gericht gegebenen Anweisung, den Streik der Arbeiter in den Braunkohlenbergwerken für beendet zu erklären.

Aus Groß Berlin.

Die Einäscherung Haases. Im Krematorium in der Gerichtstraße hat am Dienstag im engsten Kreise die Einäscherung Hugo Haases stattgefunden. Der Einäscherung ging eine Trauerfeier vorauf, an der neben den Verwandten und nahestehenden Parteivorständen eine Anzahl ausländischer Parteifreunde teilnahmen. Der Gesang des Arbeiter-Sängerbundes und ein Violinsolo leitete die Feier stimmungsvoll ein.

Als erster sprach am Sarge Ernst Haase, der der vielseitigen Tätigkeit seines Vaters gedachte. Karl Kautsky würdigte Haase als Vorkämpfer des Proletariats und der Internationale. Für den Parteivorstand sprach Luise Zietz, während Rechtsanwalt Rosenfeld seinem langjährigen Freund warme Worte herzlichen Gedenkens widmete. Unter nochmaligem Chorgesang wurden die sterblichen Ueberreste Haases den Flammen übergeben.

Ueber die Sparprämienanleihe wird am Mittwoch, den 12. November, abends 8 Uhr, Professor Dr. Bernstein in der Handelskammer, Dorotheenstr. 8, sprechen. Eintritt gegen Karten.

Verwaltungsakademie. Zu den Vorlesungen von Geh. Reg.-Rat Dr. Popitz über die Umsatzsteuer und Oberlandesgerichtsrat Becker über das Gesetz betr. die Reichsfinanzverwaltung, sowie von Dipl.-Ing Paasch über Städtebau und Wohnungswesen (Montag von 4—5) können noch Hörer aufgenommen werden.

Die verringerte Milchzufuhr. Der Magistrat Berlin gibt bekannt: Die sich weiter vermindernde Milchzufuhr nach Groß Berlin macht es nötig, auf die Steigerung der Milcherzeugung durch die Berliner Kuhhaltungen bedacht zu sein. Die Berliner Bevölkerung soll nach gesetzlicher Vorschrift Kartoffelschalen und Gemüseabfälle auf besonders bestimmte Sammelstellen abführen. Dieses Notfutter gibt den Milchkühen in den hiesigen Kuhhaltungen Nahrung. Der Magistrat erwartet, daß dieser dringenden Mahnung bereitwillig nachgekommen wird, damit Zwangsmaßnahmen vermieden werden.

Beamten-Darlehnkasse der Stadt Berlin. Zur Behebung eines vorübergehenden Notstandes ist von der Stadt Berlin eine Darlehnkasse für Beamte, Lehrer, dauernd Angestellte und Arbeiter, die in einem dauernden Verhältnis zur Stadtgemeinde Berlin stehen, eingerichtet worden. Nach Mitteilung des Magistrats sind nunmehr die erforderliche Deputation für die Darlehnkasse und das Bureau gebildet worden; letzteres befindet sich Stralauer Straße 44/45, 2. Hof 2 Treppen. Darlehen sind auf einem vom Bureau der Kasse zu beziehenden Fragebogen zu beantragen und können auch dort zu Protokoll angebracht werden. Die Darlehnkasse ist mit einem Betriebskapital von 2 Millionen Mark ausgestattet und gewährt höchstens das 1½fache des reinen Jahreseinkommens tunlichst gegen Sicherheitsleistung als Darlehen. Jedes Darlehen muß innerhalb von 6 Jahren in Raten zurückgezahlt werden. Die Verzinsung soll den jeweilig bei der Sparkasse Berlin für Spargelder festgesetzten Zinsfuß nicht übersteigen.

Die Fortführung des A. E. G.-Schnellbahnbaus. Der Aufsichtsrat der A. E. G.-Schnellbahn hatte, wie berichtet, vor kurzem beschlossen, die Arbeiten an dem Bau der Schnellbahn Gesundbrunnen—Neukölln einzustellen und den Rücktritt der Gesellschaft von den mit dem Verbande Groß Berlin und der Stadt Berlin geschlossenen Verträgen über den Bahnbau zu erklären. Gegen dieses Vorgehen der Gesellschaft haben der Verband Groß Berlin und die Stadt Berlin entschiedenen Widerspruch erhoben und, da die Gesellschaft ihren Standpunkt aufrecht erhalten hat, bei dem zuständigen Gericht den Erlaß einer einstweiligen Verfügung erwirkt, die der Gesellschaft ausdrücklich aufgibt, die Bauarbeiten weiterzuführen. Damit ist die Gefahr umfangreicher Arbeiterentlassungen behoben.

Massenkundgebung für die Kriegsgefangenen. Montagabend hatten sich in den Sälen der Berliner Börse mehr als 10 000 Personen zu einer Kundgebung gegen die Zurückbehaltung der Kriegsgefangenen in Frankreich vereinigt. Ehemalige Kriegsgefangene, der Stadtverordnete Barlanty und der Rittmeister Freiherr von Lersner, referierten. Sie wiesen auf die unsäglichen Leiden hin, denen unsere Kriegsgefangenen immer noch ausgesetzt sind, und polemisierten ganz besonders gegen Clemenceau, der sich dem Willen der Alliierten, die Kriegsgefangenen herauszugeben, immer noch entgegenstemme. Besonders scharfe Töne fand Herr von Lersner gegen den Artikel Georg Bernhards. Es wurde ein Aufruf an die Berliner Bevölkerung beschlossen, sich am Sonntag zugunsten der Kriegsgefangenen in 30 Massenversammlungen zusammenzufinden.

Personalnachrichten.

Der Reichspräsident hat bestimmt, daß der Vorsitzende des Reichsamts für deutsche Einwanderung, Rückwanderung und Auswanderung (Reichswanderungsamt) die Amtsbezeichnung „Präsident" führt. Zum Präsidenten dieses Amtes ist der Geheime Oberregierungsrat und vortragende Rat im Reichsministerium des Innern, Dr. Jung ernannt worden.

An Stelle des Polizeipräsidenten Hauris, der in nächster Zeit zurücktritt, wird der mehrheitssozialistische Gauleiter des Metallarbeiterverbandes, Ehrler, Polizeipräsident von Frankfurt am Main werden.

Der zur Bearbeitung der Angelegenheiten des besetzten rheinischen Gebiets in das Reichsministerium des Innern einberufene bisherige Regierungsrat am Oberpräsidium Koblenz, Dr. Graf Adelmann von Adelmannsfelden, ist zum Geheimen Regierungsrat und vortragenden Rat im Reichsministerium des Innern ernannt worden.

Ziehung der 5. Klasse der 14. Preußisch-Südd. (240. Preuß.) Klassen-Lotterie.

Ohne Gewähr. (Vom 11. November.) Nachdruck verboten.

Auf jede gezogene Nummer sind zwei gleich hohe Gewinne gefallen, und zwar je einer auf die Lose gleicher Nummer in den beiden Abteilungen I und II.

Es fielen in der Nachmittagsziehung:

2 Gewinne zu **15 000 M**: Nr. 429.

2 Gewinne zu **10 000 M**: Nr. 215 239.

4 Gewinne zu **5000 M**: Nrn. 28 [illegible]95 160 321.

84 Gewinne zu **3000 M**: Nrn. 2966 12 149 19 068 25 373 41 067 54 138 55 572 58 327 64 777 65 151 88 866 90 940 94 248 94 259 112 456 120 567 125 986 129 283 134 199 136 303 139 579 143 923 144 783 150 686 151 510 153 078 155 258 158 356 162 076 167 172 171 448 173 360 1[illegible]0 266 184 792 192 698 193 999 197 685 197 230 205 071 215 965 218 885 220 143.

148 Gewinne zu **1000 M**: Nrn. 3286 5773 7382 10 753 11 324 12 336 22 466 23 372 33 392 33 6[illegible]6 33 941 41 295 43 491 49 [illegible]54 [illegible]0 611 52 758 61 550 63 599 65 147 65 764 66 445 69 491 71 385 75 236 77 967 78 903 78 984 [illegible]9 945 87 481 88 998 96 035 96 942 97 428 98 100 102 264 102 954 110 868 115 217 117 039 117 943 121 293 121 [illegible]33 122 [illegible]93 122 642 123 788 128 477 136 262 143 243 149 178 154 148 155 285 156 068 161 694 163 237 165 628 168 809 169 337 172 589 175 130 178 834 188 976 193 366 195 048 198 171 199 911 207 179 207 768 211 561 217 319 219 853 223 928 227 397 230 763 231 018.

202 Gewinne zu **500 M**: Nrn 3939 9139 17 679 17 776 18 336 20 934 21 421 24 051 26 80[illegible] 27 515 31 127 36 402 39 053 40 859 42 692 44 2[illegible]9 45 249 47 335 48 106 52 6[illegible]2 58 692 61 8[illegible]7 62 191 63 694 64 831 65 909 68 794 72 041 73 355 76 338 77 590 81 962 83 659 86 378 91 004 92 373 92 544 96 045 98 [illegible]68 100 5[illegible]2 101 9[illegible]6 104 007 111 391 117 268 119 290 123 267 123 600 130 4[illegible]1 130 [illegible]83 131 112 132 552 135 419 139 985 143 1[illegible]1 148 [illegible]0 149 287 149 918 153 882 154 931 158 023 158 270 161 [illegible]1 162 012 163 517 164 578 166 248 166 957 172 774 175 46[illegible] 175 703 177 563 179 002 182 771 186 399 188 361 188 494 190 [illegible]25 192 538 195 319 195 452 199 988 200 321 202 198 202 916 [illegible]06 119 207 135 207 130 211 105 215 676 216 032 218 154 220 373 221 203 222 169 223 792 225 348 225 385 228 227 228 [illegible]81 230 287 231 968.

Volkswirtschaftlicher Teil.

Deutsche Volkswirtschaft.

Keine Kalilieferungen nach Amerika. Die Verhandlungen des Kalisyndikats mit den amerikanischen Behörden, die darauf hinausgingen, Kali im Austausch von Waren nach den Vereinigten Staaten zu exportieren, sind, wie wir erfahren, auf einem toten Punkt angelangt. Die amerikanischen Besatzungsbehörden im besetzten Gebiet hatten Waren angeboten, die sie auf ca. 1½ Milliarden Mk. schätzten, und zwar handelte es sich in der Hauptsache um Textil- und Ledererzeugnisse. Das Kalisyndikat ist jedoch nicht im entferntesten in der Lage, eine auch nur annähernd so große Menge Kali zu liefern, um die angebotenen Waren hereinzubekommen.

Zur Erhöhung der Mahllöhne. Zwischen der Reichsgetreidestelle und den Vertretern der Reichsmüllerverbände haben, wie bereits gemeldet, Verhandlungen stattgefunden, die zu einer Erhöhung der Mahllöhne führte. Dazu wird nun bekannt, dass die Müllerverbände eine Erhöhung des Mahllohnes von insgesamt 17 M pro Tonne gemahlenen Getreides verlangt haben. Der Vertreter der Reichsgetreidestelle erklärte demgegenüber, die äusserste Zulage, die die Reichsgetreidestelle in Aussicht stellen könne, sei ein Betrag von 12,30 M für die Tonne. Die Reichsgetreidestelle sei bereit, den Mahllohn um 6 M für die Tonne zu erhöhen und den Müllern für die Schwundersparnisse statt bisher 38 M in Zukunft 45 M für je 100 kg zu vergüten. Die Reichsgetreidestelle wird im übrigen bemüht sein, den weniger gut beschäftigten Betrieben durch stärkere Belieferung und Beschäftigung zu helfen. Der Vorschlag, neben der Erhöhung der Mahllöhne noch eine besondere Vergütung für Sackverschleiss einzuführen, wurde abgelehnt. Ferner wurde mitgeteilt, dass die Reichsgetreidestelle in der Berechnung des Lagergeldes für das neue Wirtschaftsjahr insofern eine Aenderung eintreten lassen werde, als die Mühlen nicht mehr ein Lagergeld von 3,50 M für die Tonne und jeden Einlagerungsmonat erhalten, sondern für jede der Mühle zugeführte Tonne Getreide eine Pauschalvergütung von 8 M gezahlt werden soll.

Neue Anleihen. Der Kommunale Giroverband für Provinz Sachsen, Thüringen und Anhalt in Magdeburg erhielt die Genehmigung zur Ausgabe von 50 Millionen Mark 4½ % Schuldverschreibungen, die Stadtgemeinde Esslingen für 1 Million Mark 4 % Schuldverschreibungen, die Gewerkschaft Günthershall in Göllingen a. Kyffh. für 2 Millionen Mark 5 % Teilschuldverschreibungen. — Die Braunkohlenwerke Leonhard Akt.-Ges. in Zipsendorf plant die Ausgabe einer 4½ % Hypothekaranleihe von 2½ Millionen Mark, für welche die Braunkohlen-Akt.-Ges. Vereinsglück in Meuselwitz die Sicherungshypothek übernimmt; zugleich soll der Pachtvertrag zwischen beiden Gesellschaften geändert werden.

Stimmungsmache für Schiffahrtsaktien. Die Handelskammer Hamburg beschäftigte sich in ihrer letzten Sitzung mit der unzulässigen Stimmungsmache, welche in Rundschreiben für Schiffahrtsaktien gemacht wird. Festgestellt wurde, dass in manchen Prospekten sich unwahre Behauptungen über den Wert der Schiffahrtsaktien befinden. Es wurde darauf hingewiesen, dass durch derartige Manöver die Reedereien geschädigt würden. Die Handelskammer beschloss, dem Vorstand der Wertpapierbörse und dem Verein Hamburger Reeder Kenntnis von diesen Zirkularen zu geben und ihnen anheim zu stellen, die für den Schutz des Publikums notwendigen Schritte zu unternehmen.

Aktiengesellschaften.

Die Leipziger Spitzenfabrik Barth & Co. Akt.-Ges. in Leipzig-Plagwitz führt zur geplanten Angliederung der Deutschen Spitzenfabrik A.-G. in Leipzig-Lindenau im Geschäftsbericht für 1918/19 aus, sie erfolge in dem Bestreben, den Absatzausfall, den die Einschränkung des Auslandsgeschäftes bedeutete, auszugleichen durch erweiterte Grundlage des Inlandsgeschäfts. In Verbindung damit mache sich eine Verstärkung der Betriebsmittel erforderlich, so dass das Kapital von 1 auf 2 Millionen Mark erhöht werden soll. Der Bericht registriert die Tatsache ungeheurer Einfuhren von Webspitzen aus dem Auslande, die den Markt und die Preise drücken. — Aus 4[illegible]4 370 M (i. V. 844 6[illegible]5 M) Ueberschuss werden 20 % (wie i. V.) Dividende verteilt (i. V. ausserdem 10 % in Kriegsanleihe).

Die Sächsischen Emaillier- und Stanzwerke vorm. Gebrüder Gnüchter in Lauter in Sachsen haben eine 4½ %, mit 102 % rückzahlbare, an erster Stelle hypothekarisch sichergestellte Anleihe in Höhe von 1 Million Mark an die Allgemeine deutsche Kreditanstalt in Leipzig fest begeben.

Weltwirtschaft.

Die Ernte in den Vereinigten Staaten. Nach dem Bericht des Ackerbaubureaus wird der Ertrag der Maisernte auf 2 910 250 000 Bushels angegeben gegen 2 901 000 000 Bushels im Vormonat und 2 583 000 000 Bushels definitives Ergebnis im Vorjahre. Die Qualität des Mais schätzt man auf 89,1 % gegen 85,6 % im Vorjahre. Die Bestände alter Ernte in den Händen der Farmer werden auf 72 263 000 Bushels beziffert gegen 81 840 000 Bushels im letzten Jahre. Das Ernteergebnis von Leinsaat dürfte eine Höhe von 9 450 000 Bushels erreichen gegen ein definitives Ergebnis von 15 000 000 Bushels im Vorjahre. Die Durchschnittsgewichte von Weizen, Hafer und Gerste werden mit 56,3 bzw. 31,1 bzw. 45,2 Pfund per Bushel angegeben gegen 58,8, 33,2 und 43,9 Pfund im Jahre 1918. — Danach hat sich der Ertrag der Maisernte weiter verbessert, und zwar gegen das Vorjahr um nicht weniger als 327 250 000 Bushels, wobei zu berücksichtigen ist, dass das jetzt vorliegende Ergebnis noch nicht als definitiv zu betrachten ist. Die Bestände alter Ernte haben sich gegen das Vorjahr um 9 547 000 Bushels verringert. Die Qualität der Ernte kommt der des Vorjahres nicht gleich, denn die Durchschnittsgewichte bleiben prozentual durchweg hinter denen des Vorjahres zurück.

Devisenkurse.

Köln, 11. November. (Eigener Drahtbericht.) Im freien Verkehr der Kölner Börse wurden notiert:

	11. 11.	10. 11.
Englische Noten	147½ – 146½ – 147½	143½ – 145½
Französische Noten	890½ – 888	89[illegible] – 89[illegible]
Belgische Noten	415 – 414	415 – 419
Holländische Noten	1855 – 1840	1845 – 1880

Amsterdam, 11. November. (Eigener Drahtbericht.)

	K. v. 11. 11.	10. 11.		K. v. 11. 11.	10. 11.
Berlin	7,42½	7,47½	Paris	28,87½	29,10
Wien	2,42½	2,55	Christiania	59,95	59,90
Schweiz	47,70	47,60	Brüssel	–,–	–,–
Kopenhagen	56,85	5[illegible],10	Madrid	–,–	–,–
Stockholm	61,75	61,65	New York	264½ G	268½
London	10,99	[illegible]0,97½	do. telegr. Auszahl.	265 G	26[illegible]

Bekanntmachungen des Polizei-Präsidiums.

Ungültiger Legitimationsschein.

Der dem Händler Eduard Hebel, Strelitzerstr. 63, hierselbst unter dem 18. Januar 1919 für das laufende Kalenderjahr erteilte Legitimationsschein zum Handel mit Druckschriften ist angeblich verloren gegangen.

Dieser Schein wird zur Verhütung von Mißbrauch hierdurch für ungültig erklärt.

Beschreibung der Person: Gestalt: schlank; Alter: 30 11. 88; Haare: blond; Augen: braun; Kennzeichen: keine. (II. 25. B. W. II. b. 6. 19.)

Berlin, den 4. November 1919. Der Polizeipräsident. Polizeibezirksamt Wedding. J. V.: von Schierstädt.

Ungültiger Wandergewerbeschein.

Der dem Händler, Bäcker Albert Kürschner, Griebenowstraße 20, hierselbst unter dem 24. bzw. 27. September 1919 für das laufende Kalenderjahr erteilte Wandergewerbeschein zum Handel mit Obst, Gemüse, Geflügel und Eiern ist angeblich verloren gegangen.

Dieser Schein wird zur Verhütung von Mißbrauch hierdurch für ungültig erklärt.

Beschreibung der Person: Gestalt: mittel; Alter: 2. 8. 90; Haare: hellblond; Augen: blau; Kennzeichen: keine. (K. 198 B. W. II. b. 6. 19.)

Berlin, den 5. November 1919. Der Polizeipräsident. Polizeibezirksamt Wedding. J. V.: von Schierstädt.

Theater für Mittwoch, den 12. November 1919.

Opernhaus. Unter den Linden. 260. Karten-Reservesatz. Zum ersten Male: Der Stier von Olivera. Oper in drei Akten von Eugen d'Albert. Anfang 7 Uhr. — Donnerstag, 285. Abonnements-Vorstellung. Der Rosenkavalier. Anfang 6½ Uhr.

Schauspielhaus. Am Gendarmenmarkt. 246. Abonnements-Vorstellung. Maria Stuart. Trauerspiel in 5 Akten von Fried. v. Schiller. Anfang 6½ Uhr. — Donnerstag 247. Abonnements-Vorstellung. Brand. Anfang 7 Uhr.

Kleines Theater. 7½ Uhr Helden.

Kleines Schauspielh. 7½ Uhr: Er kann nicht befehlen.

Residenz-Theater. Täglich 8 Uhr: Das höhere Leben. Sonntag 4 Uhr: Gespenster.

Trianon-Theater. Täglich 7½ Uhr: Maskerade. Donnerst. 4: Schneewittchen. Sonnb. 4 Uhr: Aschenbrödel.

Volksbühne Theater am Bülowplatz. Direktion: Fried. Kayßler. 7½ Uhr: Der Schwarzkünstler. Donnerst.: Predigt in Litauen.

Winter-Garten. Wegen des umfangreichen November-Spielplans Anfang 7¼. Rauchen gestattet.

Welt-Panorama. Vom Bodensee zum Rheinfall. IV. Reise auf Sizilien. Einzelreise 80 ₰, Kind. unt. 15 ₰. Abonnements: 10 Reisen 2 M.

Reichshallen Theater. 7½ Uhr. Sonntags Nachmittag 3 Uhr Stettiner Sänger. Nachmittags ermäß. Preise! Reichshallen-Saal. Dönhoff-Brettl. Anfang 7½. Sonntags 5 Uhr. Neues Progr.

Juwelen Perlen Margraf & Co. G. m. b. H. Kanonierstr. 9 Tauentzienstr. 18 A. Tel.: Zentr. 8864.

Ankauf von Juwelen Perlen, Smaragden usw. Margraf & Co. G. m. b. H. Kanonierstr. 9.

Haararbeiten jeder Art. Transformationen, naturgetreuer Sitz. Haar-Technische Werke, Bülowstr. 94 u. Martin Luther-Ecke Luitpoldstr. 85. Kopfwaschen. Ondulieren.

Rechen- u. Addier-Maschinen sofort lieferbar! Reparaturen! Mietweise Abgabe „COSMOS" Leipzigerstr. 28, neb. Kempinski Fernspr.: Zentrum 180 u. 419.

Fabrikgrundstück, in Provinzialstadt Pommerns, an Eisenbahn belegen, ca. 4000 qm groß, mit oder ohne hochlohnende, sehr einfache Fabrikation, wozu Anweisung erfolgt, zu verkaufen. Offert. unter R. 4006 an die Expedition dieser Zeitung erbeten.

Für Politiker. Zu verkaufen: „Nordd. Allgem. Ztg." vom 1. Juli 1914 bis 1. Juli 1919, nur die Hauptblätter, in 2 Bänden sauber gebunden. Angebote zu richten an Kraus, Konitz i/Wpr., Bahnhofstr. 71.

Diebes- u. feuersichere Geldschränke zum Einmauern, einziger sicherer Schutz gegen Einbruch und Diebstahl sowie kleine Kassetten, sofort lieferbar. Prospekt frei! Kurt Hoffmann, Werder (Havel).

Stahldraht-Matratzen f. jedes Bett teile n. Mas. „Polsterauflage" a. jederm. Katalog frei. Eisenmöbelfabrik Suhl i. Th.

Reparaturen An- u. Verkauf Ladenkassen Kohlenpapiere Farbbänder usw. Schreibmaschinen Haus Bähr, Berlin, Spittelmarkt 7.

Spedition Lagerhäuser mit Bahnanschluss und Hafen. Auslandverk. u. Verzollg. Automobil-Spedition Robert Haberling W. 9, Köthenerstr. 8.

Brillanten. Juwelen, Perlen, Smaragde und Perlschnüre kauft zu hohen Preisen M. Spitz, Berlin, Friedrichstrasse 91/92 zwischen Mittel- und Dorotheenstrasse.

Gardinen. Gelegenheitskäufe. Herzig, Dresdenerstrasse 124 am Kottbuser Tor. Mpl. 12312.

Stein der Weisen. Das Original aller Nagelpoliersteine. Stück M. 3.— Ueberall zu haben. KOPP & JOSEPH, BERLIN W. 9 Potsdamer Strasse 122.

Hof- und Staatsuniformen komplett, sowie lose Stickereien u. Tressen solcher Uniformen (keine Militärsachen) kauft Th. Kieker, Berlin-Friedenau, Lefèvrestr. 22. 8251

Detektiv Hauschild Polizeioberwachtmeister a. D. Beobacht., Ermittl. Berlin, Friedrichstr. 183. Ztr. 9891.

Stutzflügel oder Piano zu kaufen gesucht. Asser, Flensburgerstrasse 1. Moabit 7810.

Gold, Silber, Brillanten, ganze Nachlässe kauft Taxator Schoder, Oranienstr. 155-56.

Jagd-Gewehre, autom. Pistol. n preiswert. J. A. Frank Berlin W. 8. Markgrafenstr. 50 II.

Briefmarken aller Art bis zu den grösst. Seltenheiten werden gegen sofortige Kasse zu besten Preisen ständig gekauft. M. Kurt Maier Berlin 2 W 8 Friedrichstr. 185. Verlag „Der deutsche Philatelist" Probenummer gratis.

Höchstzahlend! Getrag. Uniformsachen, Herrengarderobe, Wäsche, Nachlässe, Teppiche. Hoffmann, Michaelkirchstr. 19, Moritzplatz 4790.

Detektei Opitz Berlin W. 9, Köthenerstrasse 45 II. (Potsd. Platz). Ermittelungen, Beobachtungen, Ehescheidungsbeweise, Auskünfte jeder Art. Kurfürst 701. Internationales Detektiv-Institut.

Detektiv „Fortuna" Auskünfte. Berlin, Friedrichstr. 220 n, — Telephon Lützow 8806. — Ermittlungen, Beobachtungen, Auskünfte allerorts. Ehescheidungen, großer Erfolg.

Flinte Schrot, Kal. 16, Zentralfeuer neu, für 185 M ab hier verkäuflich. Nachnahme 8 M extra. Schmidtke, Graudenz, Courbièrestr. 2.

Tiefen Eindruck hinterläßt die Lektüre der Schrift von Heinrich Goehring Erfahrungen mit der Sozialisierung in Vergangenheit und Gegenwart. Preis drei Mark. Die Schrift gibt wertvolle positive Unterlagen und warnt vor folgenschweren Experimenten. Verlag Friedrich Andreas Perthes A.-G. Gotha

Fremdsprachliche Handelskorrespondenz-Kurse. Französisch, Englisch, Spanisch, Italienisch, Portugiesisch, Russisch, Türkisch, Japanisch usw. zur Erzielung eines modernen Stiles und treffsicheren Ausdruckes. Für Anfänger und Fortgeschrittene. Auch Einzelunterricht. Raschfördernde, neue Methode; hervorragende Lehrkräfte. Anmeldungen 11—1, 4—5, 7—9. Sonntags 11—1. Vereinigte Examen-Vorbereitungen „Comenius", Direktion: Berlin W. 30, Martin-Luther-Straße 21. Lützow: 102. Sprechzeit: 6—8 Uhr. Stadtbüro: Berlin W. 57, Frobenstr. 18. Lützow 7205. Sprechzeit: 11—1 Uhr. Besondere Uebersetzungs-Abteilung für alle Kultursprachen.

Reparaturen an Elektromotoren führen aus Rob. Wiessner & Baumann Elektro-Reparatur-Werk, Berlin S. 14, Stallschreiberstrasse 58.

Auto-Haus Phönix Wilh. 718. Kaiserdamm 89, großes Lager erstklass. Automobile jed. Stärke u. Ausführg. Ingenieur Rud. Heinze. beste Kapitalsanlage.

Ermittlung — Auskünfte — Eingaben Verträge — Steuersachen Bearbeitung aller Zivil- und Strafsachen durch Rechtsanwalt Max Behne, Berlin, Britzerstrasse 23. Mpl. 10 716. 3319

Kriegsanleihe wird in Zahlung genommen! Billigste Preise!!! Plüschmäntel Sealplüsch, Ia Qualität, wunderbare Modellstücke in Velours du Nord 350, 575, 850. Pelzmäntel Entzückende Ausführungen, beste Felle, gediegenste Kürschnerarbeit 1500, 1800, 2500. Mollige, weiche Ulster 68, 85, 98, 126, 154, 179, 256. Kostüme wundervolle Ausführungen 98, 126, 155, 212. Kammgarn-Kostüme 350, 475, 650. Elegante Sammet-Kostüme von 700 M. an. Elegante Gesellschaftskleider, Crêpe de chine, Seide, Bast 275, 350, 525, 650. Blusen in flottester Ausführung, sehr billig. Stoffröcke 36, 45. Astrachan-, Mohärmäntel aus Ia. Herrenclothfutter von 235 M. an. Westmann 1. Geschäft: Berlin W. 8, Mohrenstraße 37 a. 2. Geschäft: Berlin NO. 18, Gr. Frankfurter Str. 115. Sonntags geschlossen.

Soeben ist verlandfertig eine Neu-Auflage der gelben Hobbing-Ausgabe: Der Friedensvertrag nebst Ausführungsgesetzen. Unter Hervorhebung der abgeänderten Teile mit Inhaltsaufbau, Karten und Sachverzeichnissen. Preis M 4,50 und 10 % Teuerungszuschlag. Jeder Deutsche und besonders jeder, der im öffentlichen und wirtschaftlichen Leben steht, muß den „Friedensvertrag" zur Hand haben. Die gelbe Hobbing-Ausgabe des „Friedensvertrags" ist nunmehr durch Beifügung der „Ausführungsgesetze" in ein neues Moment des Interesses getreten und wird damit ihren Ruf als anerkannt beste Ausgabe von neuem festigen. Verlag von Reimar Hobbing in Berlin SW. 48.

Kronen, Brücken Plomben Zähne in 1 Tag. Berücksichtigung aller Wünsche. Dir. Koppe's Spez.-Institut f. modernen Zahnersatz 1) Magdeburgerstr. 28, Ecke Lützowstr. 2) Alexanderstr. 14 b., 3) Kantstr. 49. Kurf. 1230.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Max Rudolf Kaufmann, Berlin. Für den Anzeigenteil und „Geschäftliche Mitteilungen" verantwortlich: Herm. Jochim Schumacher, Berlin. Druck und Verlag der Norddeutschen Buchdruckerei und Verlagsanstalt, Berlin SW. 48, Wilhelmstr. 32.